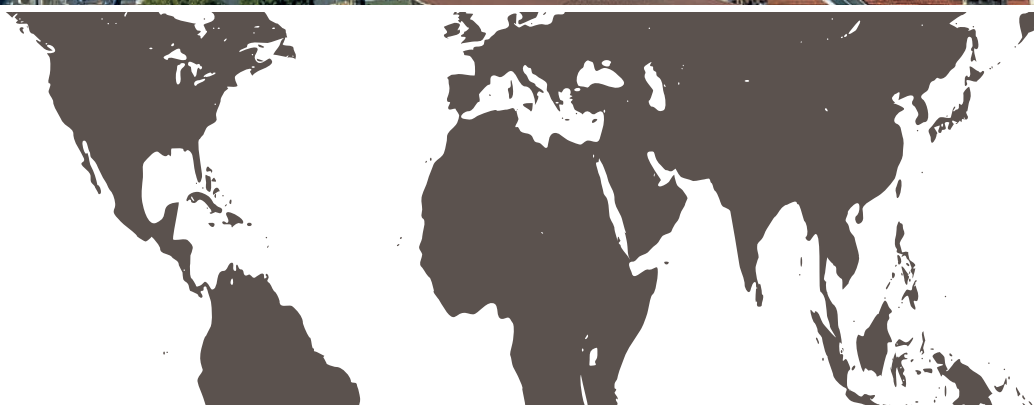




SERVICESTELLE 
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT



DIALOG GLOBAL

INITIATIVE „KOMMUNALES KNOW-HOW FÜR NAHOST“

**Deutsch-türkische Städtepartnerschaften zur Stärkung von
Aufnahmekommunen für Geflüchtete in der Türkei | Nr. 64**

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Telefon +49 228 20717-2670

info@service-eine-welt.de

www.service-eine-welt.de

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), Heft 64

Inhaltlich verantwortlich: SKEW, Dr. Stefan Wilhelmy

Projektleitung: Angela König

Texte: Bülent Arslan, Fabian Papp, Stefanie Wulff, Angela König

Titelfoto: Ansicht über Istanbul © xxoktayxx, Pixabay

Gestaltung: designlevel 2, www.designlevel2.de

Druck: Bonifatius GmbH

Bonn, Oktober 2021

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Dialog Global“ wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Um die Lesbarkeit zu vereinfachen, sind in der vorliegenden Publikation die zur Gleichstellung der Geschlechter gebräuchlichen Schreibweisen nicht durchgängig verwendet worden. Sofern sich aus dem Kontext nicht explizit anderes ergibt, sind bei allen geschlechtsbezogenen Bezeichnungen selbstverständlich immer alle Geschlechter gleichermaßen angesprochen.

DIALOG GLOBAL

INITIATIVE „KOMMUNALES KNOW-HOW FÜR NAHOST“

**Deutsch-türkische Städtepartnerschaften zur Stärkung von
Aufnahmekommunen für Geflüchtete in der Türkei | Nr. 64**

INHALT

Vorwort	5
1. Die Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ und ihre deutsch-türkischen Projekte	7
1.1. Berlin Friedrichshain-Kreuzberg – Istanbul Kadıköy (2019).	10
1.2. Mannheim – Kilis (2017, 2019-2021).	12
1.3. Osnabrück – Çanakkale (2019, 2021-2022).	14
1.4. Berlin Tempelhof-Schöneberg – Mersin Mezitli (2019).	16
1.5. Schwäbisch Hall – Karesi (2019).	18
1.6. Berlin Treptow-Köpenick – Eskişehir Tepebaşı (2018).	20
2. Gastbeitrag der GIZ: Bilaterale Zusammenarbeit mit Aufnahmekommunen von Geflüchteten in der Türkei.	22
3. Rahmenbedingungen und Handlungsempfehlungen für kommunale deutsch-türkische Projektpartnerschaften	27
3.1. Basiswissen: Soziodemografische und -ökonomische Daten.	28
3.2. Kommunale Struktur und Handlungsspielräume heute	30
3.3. Die Rolle der Zivilgesellschaft in der Türkei	34
3.4. Das Mediensystem der Türkei	38
3.5. Herausforderungen: Flucht & Migration	41
4. Geschichtliche Hintergründe und ihr Einfluss auf die politische Kultur der heutigen Türkei	45
Anhang	
Informationen für den Aufenthalt	54
Abkürzungsverzeichnis	55
Literaturverzeichnis	56
Förderer und Kooperationspartner – die Beteiligungsstruktur der SKEW	63
Publikationen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	64

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

kommunale Partnerschaften sind Ausdruck des gelebten Miteinanders, der interkulturellen Zusammenarbeit und des gemeinsamen Lernens.

Angesichts der aufgrund der Migrationsgeschichte engen Verbindungen zwischen Deutschland und der Türkei kommt den Partnerschaften zwischen Kommunen aus diesen beiden Ländern eine besondere Bedeutung zu. Die Vielfalt der kommunalen deutsch-türkischen Beziehungen reicht von freundschaftlichen Kontakten über eine begrenzte Projektpartnerschaft bis zu langjährigen Partnerschaften auf Basis formeller Verträge. Schülerinnen und Schüler, Menschen aus Partnerschafts-, Sport-, Umwelt- und Kulturvereinen begegnen sich, lernen sich kennen und erhöhen ihre interkulturelle Kompetenz. Fachleute aus der Stadtverwaltung und kommunalen Unternehmen tauschen ihr Wissen aus und engagieren sich in gemeinsamen Projekten. Auf die Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Projekte ausgerichtete Partnerschaften sind bisher in der Minderheit. Das Gros bilden Städtepartnerschaften und -freundschaften. In der Datenbank des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) haben sich aktuell 84 Städtepartnerschaften und -freundschaften zwischen deutschen und türkischen Kommunen registriert. Insgesamt geht man schätzungsweise von circa 100 kommunalen Partnerschaften zwischen beiden Ländern aus. Darüber hinaus gibt es Interesse von weiteren deutschen und türkischen Kommunen, neue Beziehungen aufzubauen, voneinander zu lernen und gemeinsam an den Zielen der Agenda 2030 zu arbeiten.

Seit Beginn des Bürgerkrieges in Syrien mussten mehr als sechs Millionen Frauen, Männer und Kinder ins Ausland fliehen. Die meisten registrierten Geflüchteten leben in den Nachbarländern Türkei, Libanon und Jordanien. Diese drei Länder



Dr. Stefan Wilhelmy
© Martin Magunia

tragen die Hauptlast der humanitären Krise. In der Türkei sind circa vier Millionen geflüchtete Menschen registriert, davon 3,6 Millionen Syrerinnen und Syrer. Die meisten von ihnen leben in Kommunen im Südosten der Türkei oder im Großraum Istanbul. Das Land steht an erster Stelle der Aufnahmeländer.

Der Großteil der Geflüchteten lebt in Städten und Gemeinden. Die Kommunen vor Ort stehen vor einer Vielzahl von Herausforderungen in der Aufrechterhaltung der Basisversorgung bei den kommunalen Kernaufgaben sowohl für die einheimische Bevölkerung als auch für die Geflüchteten. Es mangelt vor allem an Ressourcen, aber auch an Know-how, um zum Beispiel die Abfallwirtschaft, die Wasser- und Energieversorgung und die kommunale Verwaltung zu stärken. Auch sozio-ökonomische und gesellschaftliche Herausforderungen der Integration sind groß.

Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 2016 die Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ (IKKN) ins Leben gerufen und die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global (EG) mit der Durchführung beauftragt; bis Ende 2018 erfolgte die Umsetzung in Zusammenarbeit mit Connective Cities, der gemeinsamen internationalen Städte-Plattform der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), des Deutschen Städtetags und der SKEW.

Deutsche Kommunen sollen im Rahmen der Auslandskomponente der IKKN als entwicklungspolitische Akteurinnen unterstützt werden, um ihr Know-how zur Stärkung und Stabilisierung der Situation in den türkischen, libanesischen und jordanischen Aufnahmekommunen einzusetzen. Dabei stehen der fachliche Austausch und die konstruktive Zusammenarbeit für die gemeinsame Entwicklung von lokalen Lösungsansätzen im Mittelpunkt. Gleichzeitig profitieren auch die deutschen Kommunen im Rahmen des Austauschs. Sie lernen andere Herangehensweisen zum Umgang mit und zur Integration von Geflüchteten kennen, ihre interkulturelle Kompetenz wird gestärkt und sie erhalten ein besseres Verständnis für globale Zusammenhänge.

In Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten bringen sich in die Projekte ein und haben diese in einigen Fällen auch mit initiiert. Diese Zusammenarbeit stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Im Rahmen der Inlandskomponente der IKKN werden deutsche Kommunen bei der Qualifizierung von syrischen Geflüchteten in deutschen Kommunalverwaltungen unterstützt. Die Kommunen bieten mehrmonatige Praktika in verschiedenen Abteilungen der Kommunalverwaltung an, in denen Themen vermittelt werden, die für einen zukünftigen Wiederaufbau von Kommunen in Syrien relevant sind.

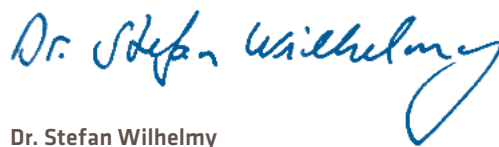
In den Landeskundekursen der IKKN zur Türkei wurde von den Teilnehmenden aus den Kommunen immer wieder betont, wie hilfreich das Wissen über den historischen, politischen und sozialen Hintergrund des Landes für die Entwicklung und Interaktion in den Projektpartnerschaften ist.

Diese Publikation geht auf dieses Bedürfnis nach mehr Informationen ein und stellt unterschiedliche Facetten der aktuellen Situation und ihrer Genese dar.

Die kommunale Partnerschaftsarbeit steht in einem engen Zusammenhang mit den Maßnahmen der bilateralen Zusammenarbeit der GIZ mit Aufnahmekommunen syrischer Geflüchteter in der Türkei und ergänzt diese. Durch engen Austausch und gemeinsame Veranstaltungen fördert die IKKN die Kooperation. Einen Überblick über die Maßnahmen und Wirkungen der Programme der GIZ erhalten Sie in unserem Gastbeitrag ab Seite 22.

Wir freuen uns, Ihnen darüber hinaus die Partnerschaftsprojekte, die in den letzten Jahren im Rahmen der IKKN umgesetzt wurden, vorstellen zu können. Die deutsch-türkischen Projekte der IKKN sind anschauliche Beispiele eines neuen Selbstverständnisses der lokalen Zusammenarbeit in globaler Verantwortung.

Wir hoffen, Ihnen somit interessante und nützliche Informationen zur Verfügung stellen zu können, und wünschen eine anregende Lektüre.



Dr. Stefan Wilhelmy

Leiter Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)



**1. DIE INITIATIVE „KOMMUNALES
KNOW-HOW FÜR NAHOST“
UND IHRE DEUTSCH-TÜRKISCHEN
PROJEKTE**

Die Mitte 2016 durch das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ins Leben gerufene Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ (IKKN) fördert im Rahmen ihrer Auslandskomponente kommunalen Wissensaustausch und den Aufbau und die Weiterentwicklung kommunaler Projektpartnerschaften zwischen deutschen Kommunen und den Aufnahmekommunen in Jordanien, im Libanon sowie in der Türkei. Die IKKN wird von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global umgesetzt; bis 2018 in Zusammenarbeit mit Connective Cities – der Internationalen Städte-Plattform für Nachhaltige Entwicklung, die kommunale Expertinnen und Experten aus Deutschland und Nahost in einen intensiven Fachaustausch gebracht hat.

Für die Zusammenarbeit mit Kommunen in Jordanien, im Libanon und in der Türkei stehen folgende Angebote zur Verfügung:

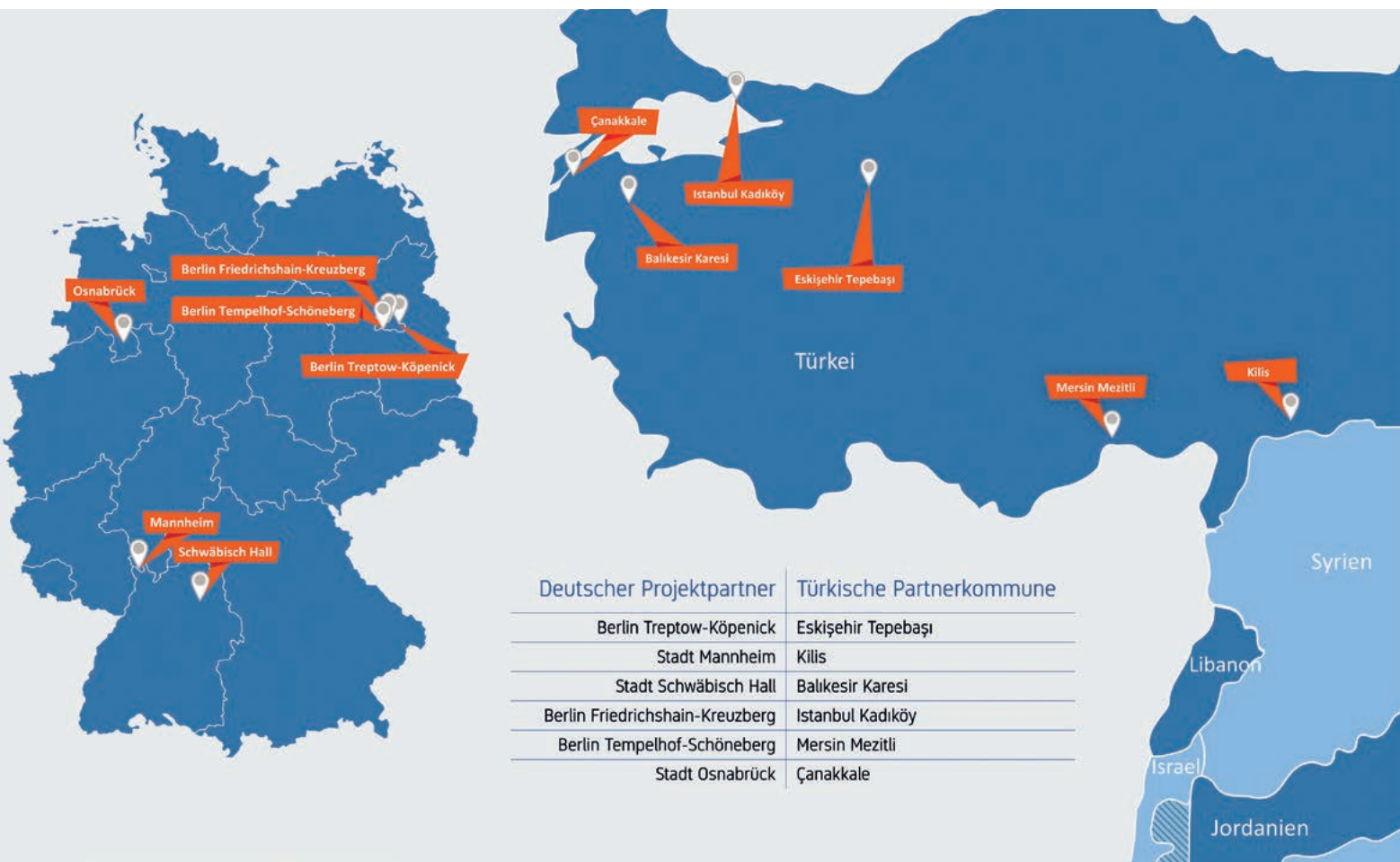
- Beratung und Unterstützung bei der Gestaltung und Weiterentwicklung bestehender sowie bei der Anbahnung neuer kommunaler Partnerschaften, auch zur Antragstellung von Förderprojekten
- Förderung von Wissensaustausch zu Themen der kommunalen Daseinsvorsorge und von bilateralen Projektpartnerschaften (Schnellstarterpakete Nahost), wie zum Beispiel Projektplanungsworkshops, Fachaustausch, Hospitationen und Entsendungen
- Qualifizierung und Vernetzung, wie zum Beispiel länderspezifische, interkulturelle sowie antragsrelevante Fortbildungen sowie Vernetzungstreffen

Aktuell sind im Netzwerk der IKKN 47 deutsche Kommunen aktiv. Seit 2017 konnten im Rahmen der finanziellen Förderung der IKKN, den Schnellstarterpaketen Nahost I und II, insgesamt 34 kommunale Partnerschaftsprojekte geplant, beraten und umgesetzt werden, davon sechs deutsch-türkische. Ab 2022 ist die Überführung des Schnellstarterpakets I Nahost in das SKEW-Instrument „Kleinprojektfonds“ (KPF) und ab 2023 die des Schnellstarterpakets II in das Instrument „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa) vorgesehen.

Die bisherigen Projekte im Rahmen der IKKN orientieren sich an den Bedarfen und Kompetenzen der beteiligten Kommunen und liegen bei den deutsch-türkischen Partnerschaftsprojekten in den Bereichen Gesundheitswesen, Bildung, Integration, Umweltschutz und Stadtentwicklung. Die Ausgangssituation der Zusammenarbeit war dabei sehr unterschiedlich. Die meisten Partnerkommunen konnten ihre Projektarbeit auf eine langjährig bestehende Städtepartnerschaft auf-

bauen (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg – Istanbul Kadıköy, Osnabrück – Çanakkale, Berlin Tempelhof-Schöneberg – Mersin Mezitli, Schwäbisch-Hall – Karesi). Die Zusammenarbeit der Akteurinnen und Akteure aus Mannheim und Kilis sowie Berlin Treptow-Köpenick und Eskişehir Tepebaşı fußt auf der Grundlage der Projektarbeit. Berlin Treptow-Köpenick und Eskişehir Tepebaşı haben im Prozess der Planung der Projektpartnerschaft einen Vertrag über eine Städtepartnerschaft abgeschlossen.

Übersicht der deutsch-türkischen Projektpartnerschaften (gefördert über Schnellstarter-Pakete)



Stand: Mai 2021

1.1. BERLIN FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG – ISTANBUL KADIKÖY (2019)

10

Gesundheitsversorgung in Kadiköy verbessern

Der Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und der Istanbuler Bezirk Kadiköy pflegen bereits seit 1996 eine Städtepartnerschaft. 2018 entstand in der Partnerschaft der Wunsch, sich vertieft zur sozialen und gesundheitlichen Situation von Geflüchteten sowie Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtbezirks auszutauschen. Die beiden Kommunen erhofften sich dadurch auch Impulse zur Verbesserung der Lebenssituation der syrischen Geflüchteten, die zurzeit in den Ruinen des Stadtteils Fikirtepe wohnen. Viele vor dem Bürgerkrieg geflüchtete Menschen ließen sich in den letzten Jahren hier nieder. Die meisten Häuser stehen schon länger leer und sollen abgerissen werden. Die Mehrheit der Geflüchteten sind Frauen und Kinder, die auf Familienzusammenführung mit ihren bereits in andere Länder geflüchteten Männern hoffen. Ihre Lebenssituation ist gefährlich und prekär.

Die Fachleute beider Kommunen waren sofort interessiert, im gemeinsamen Austausch etwas für die kommunale Daseinsvorsorge und die soziale Kohäsion in ihren Kommunen zu tun. Auch im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg leben zahlreiche geflüchtete Menschen. Gemeinsam wurde nach Möglichkeiten gesucht, voneinander zu lernen und übertragbare Versorgungskonzepte für die Geflüchteten zu identifizieren. Die Versorgungssysteme und Zuständigkeiten in beiden Bezirken sind jedoch sehr unterschiedlich. Zum Beispiel sind die türkischen Kommunen anders als ihre deutschen Partnerkommunen nicht zuständig für Geflüchtete, sondern die formale Verantwortung liegt bei der Zentralregierung in Ankara beziehungsweise beim Landrat (Kaymakam). Die Versorgung und Integration ist jedoch eine kontinuierliche Herausforderung für die lokalen kommunalen Dienste und die Stadtgesellschaft. Die Akteurinnen und Akteure in Kadiköy setzen bei der Versorgung der Geflüchteten daher auf eine enge kommunale Kooperation mit NROs im Rahmen der Freiwilligenarbeit.

Projektanbahnung
Delegation
Mai 2018 Berlin,
© Bezirksamt
Friedrichshain-
Kreuzberg von
Berlin



Expertinnen und Experten aus den Gesundheits- und Sozialämtern, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Ärztinnen und Ärzte sowie Mitarbeitende von NROs beteiligten sich gemeinsam an Fachkonferenzen, Planungsworkshops und Hospitationen. „Es war sehr wertvoll, dass sich die Verwaltungen der Kommunen auf diesem Niveau austauschen konnten“, so der ehemalige stellvertretende Bezirksbürgermeister Knut Mildner-Spindler. „Die deutsch-türkischen Beziehungen sind momentan auf Staatsebene angespannt. Doch auf kommunaler Ebene sind Treffen und Austausch auch in schwierigen Zeiten möglich. Man merkt: Wir haben gemeinsame Probleme und Themen.“ Der Fachaustausch, der über die sonst üblichen freundschaftlichen Begegnungen hinausging, stärkte die Städtepartnerschaft auch insgesamt, so der stellvertretende Bezirksbürgermeister.

Ziel des Projektes war, die unterschiedlichen Versorgungsstrukturen vor Ort kennenzulernen und das Personal für die medizinische und psychosoziale Unterstützung der Menschen zu qualifizieren sowie die Ehrenamtsstrukturen auszubauen. Das Projekt wurde gefördert mit Mitteln des Schnellstartpakets I Nahost – und sollte erst der Anfang sein. Die Partnerkommunen wollten direkt im Anschluss an das Projekt Ende 2019 an einem Folgeprojekt arbeiten. Dabei sollte es um

präventive Lösungen in den Bereichen Gesundheit, soziale Entwicklung und psychosoziale Dienste gehen. Doch die Corona-Pandemie bremste das Vorhaben zunächst aus. „Aber wir haben den festen Willen, die begonnene gute Zusammenarbeit künftig fortzusetzen“, so Knut Mildner-Spindler. Durch den Austausch der kommunalen Expertinnen und Experten aus Kadıköy und Berlin untereinander und mit den ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitenden von NROs aus beiden Bezirken wurde die Zusammenarbeit der Kommunen mit NROs und Ehrenamtlichen bereits gestärkt.

Dass der Austausch auch in Zeiten von COVID-19 weiterhin stattfindet, zeigte sich zuletzt mit einem digitalen Bürgermeister-Fachaustausch am 23. Juni 2021. Diesen haben die Berliner Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte gemeinsam mit den Istanbuler Bezirken Kadıköy sowie Beyoğlu (Partnerschaft mit Berlin Mitte) organisiert. Ausgetauscht haben sich die vier Innenstadtbezirke zum Thema „Nutzung des öffentlichen Raums in Großstädten: Herausforderungen und Strategien im Umgang mit ihnen“. Das virtuelle Pilotprojekt diente auch dazu, neue Themen, Konzepte und Ideen über die bestehenden Partnerschaftsaktivitäten hinaus zu forcieren, um die langjährigen Beziehungen noch weiter zu verstetigen und zu intensivieren.



Delegationsreise
Gesundheitsamt
Mitarbeitende
nach Kadıköy Juni
2019
© Bezirksamt
Friedrichshain-
Kreuzberg von
Berlin

1.2. MANNHEIM – KILIS (2017, 2019–2022)

12

Integration durch Bildung – Kommunen und Religionsgemeinschaften arbeiten zusammen beim Aufbau eines Gemeinschaftszentrums für Frauen

Mit dem Ziel, die Bildungs- und Berufschancen von geflüchteten sowie einheimischen Frauen zu verbessern, schlossen die Städte Mannheim und Kilis 2017 eine entwicklungspolitische Projektpartnerschaft.

Kilis liegt in unmittelbarer Grenznähe zu Syrien. Hier leben sehr viele syrische Geflüchtete. Zu einer Bevölkerung von 90.000 Menschen in Kilis kamen seit Beginn des Bürgerkriegs rund 130.000 Syrerinnen und Syrer hinzu. Die Initiative, einen Beitrag zu ihrer sozialen Integration in die türkische Gesellschaft zu leisten, ging von der migran-tischen Organisation „Arbeitskreis Islamischer Gemeinden Mannheim“ (AKIG) aus. Ehrenamtliche des AKIG unterstützen die Partnerschaft aktiv und nehmen sowohl in sprachlicher als auch in interkultureller Hinsicht eine wichtige Mittlerrolle in der Kommunikation zwischen den beiden Projektparteien ein. Kommunale Vertreter-

rinnen und Vertreter beider Städte begleiteten die Projektpartnerschaft von Beginn an intensiv. So konnte auch ein intensiver Wissenstransfer über die Projektpartnerschaft hinausgehende Themenbereiche der Geflüchteten-Arbeit ermöglicht werden. Das in den Beziehungen aufgebaute Vertrauen half, auch in schwierigen Situationen die Projektpartnerschaft fortzuführen und nach vorne zu blicken. Konkret geht es in der mit Mitteln der Schnellstarterpakete I und II Nahost geförderten Projektpartnerschaft darum, die Bildungsangebote für Frauen zu erweitern und die Qualität von Bildungsangeboten der bereits existierenden Weiterbildungszentren für geflüchtete und einheimische Frauen zu verbessern. Begegnungen und Beratung sollen ermöglicht werden, um damit bessere Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Neben kommunalen Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen sind auch berufliche Lehrkräfte beider Städte in die Projektpartnerschaft eingebunden.

Links: Türkische Ausbilderinnen vertiefen ihre fachspezifischen Qualifikationen im Frisörhandwerk im Rahmen eines Workshops an der Justus-von-Liebig Schule (Dez. 2017)
Mitte: Blick auf die Stadt Kilis
© Stadt Mannheim



Mit der Umsetzung des Schnellstartepakets I konnten exemplarisch die Voraussetzungen in einem der zwölf „Multi-Service-Zentren“ in Kilis verbessert werden. Aufbauend auf einer im Rahmen des Projektes durchgeführten Bedarfsanalyse des lokalen Arbeitsmarktes und der Bildungssituation geflüchteter Frauen in Kilis tauschten sich die kommunalen Fachleute und die Bildungsexpertinnen und -experten in Workshops aus und arbeiteten gemeinsam an der Diversifizierung der Angebote und Kurse. Als ein Ergebnis soll das Angebot an Spracherwerb und niederschweligen Qualifizierungsangeboten, zum Beispiel in Friseurhandwerk, Kosmetik, Textil und Nahrung, in einem neuen Zentrum um Kurse in Alltagsbetreuung in der Altenpflege, hauswirtschaftliche Qualifikationen und Kinderpflege ergänzt werden. In zwei Workshops, die in Mannheim und Kilis stattfanden, erarbeiteten Expertinnen und Experten aus beiden Städten eine Strategie zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Integration der geflüchteten Frauen. Beratungs- und Gesprächsangebote sind wichtige Bestandteile der Strategie.

Die zweite wichtige Projektkomponente fokussierte sich auf die Qualifizierung des Lehrpersonals. Lehrkräfte einer kooperierenden Mannheimer Berufsschule führten die Workshops nach dem „Train the Trainer“-Ansatz durch. Im Anschluss haben die türkischen Ausbilderinnen ihr Wissen als Multiplikatorinnen weitergegeben. Langfristig geht es nun darum, in Anlehnung an das deutsche Vorbild das duale Ausbildungssystem in der Türkei zu fördern.

Im Projektverlauf stellten aktuelle politische Entwicklungen die Projektpartnerschaft immer wieder vor Herausforderungen. So machten es Verhaftungen deutscher Staatsbürgerinnen und -bürger in der Türkei und kriegerische Handlungen in der Region Kilis für deutsche Teilnehmende unmöglich, zu einem geplanten Workshop in die Partnerkommune zu reisen. Die in Kilis geplante Weiterbildungsmaßnahme wurde daher nach Mannheim verlegt.

Bevor Ende 2019 der mit einem Schnellstartepaket II finanzierte Aufbau eines modernen, bildungsorientierten kommunalen Gemeinschaftszentrums für die neuen und alteingesessenen Einwohnerinnen in Kilis begonnen wurde, mussten die einzelnen Fortbildungsmodulare mit dem türkischen Bildungsministerium ausgehandelt werden. Kinderbetreuung und soziale Beratung ergänzen das Fortbildungsangebot. Damit entstand im September 2021 in Kilis ein weiterer Ort für Begegnung und Beratung, Austausch und Bildung. Die gute Zusammenarbeit der Verwaltung der Stadt Mannheim mit dem Arbeitskreis Islamischer Gemeinden hat viel zum bisherigen Erfolg des Projektes beigetragen und das ehrenamtliche Engagement sowie die Integration von Migrantinnen und Migranten auch in Mannheim gestärkt.



Besichtigung des Grundstücks durch kommunale Expertinnen und Experten der Stadt Mannheim und der Stadt Kilis für den geplanten Bau des beruflichen Zentrums in Kilis (Juli 2017)
© Stadt Mannheim

1.3. OSNABRÜCK – ÇANAKKALE (2019, 2021-2022)

14

Interkommunaler Austausch zu Migration und Integration von Geflüchtetengemeinschaften arbeiten zusammen beim Aufbau eines Gemeinschaftszentrums für Frauen

Die Verbesserung der Unterstützung von sozial benachteiligten Frauen und Kindern mit und ohne Fluchthintergrund in Çanakkale durch die Entwicklung geeigneter Integrationsmaßnahmen ist das Ziel der geförderten Projektpartnerschaft zwischen Osnabrück und Çanakkale.

Beide Kommunen pflegen bereits seit 2004 eine Städtepartnerschaft. Die Partnerstädte sind mit einer Bevölkerung von jeweils circa 170.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ungefähr gleich groß, wirtschaftlich relativ stabil und haben eine eher liberale und aufgeschlossene Bevölkerung. Çanakkale liegt in der Transitzone nach Griechenland. Die Mehrheit der Geflüchteten hier sind Frauen und Kinder, die auf Familienzusammenführung mit den bereits nach Europa geflüchteten Männern hoffen.

Im Fokus des Projekts stand der gegenseitige Know-how-Transfer. In Workshops und bei Besichtigungen tauschten sich deutsche Verantwortliche aus der Stadtverwaltung, dem Integrationsbereich, der Sozialverwaltung, dem Bildungsbüro, dem Büro für Friedenskultur sowie der Arbeitsverwaltung mit Kolleginnen und Kollegen türkischer Stadtverwaltungen, Ratsmitgliedern und NROs aus. Auch die Oberbürgermeister beider Städte nahmen an den Veranstaltungen teil. *„Wir haben sehr schnell viele Gemeinsamkeiten entdeckt, auch wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen in den Ländern unterschiedlich sind“*, sagt Seda Rass-Turgut, Leiterin des Fachbereichs Integration, Soziales und Bürgerengagement in Osnabrück, die unter anderem für die Städtepartnerschaft mit Çanakkale zuständig ist. Wertschät-

Gemeinsamer Workshop in Çanakkale mit dem Oberbürgermeister der Stadt, Ülgür Gökhan
© Esra Sakinmaz, Seda Rass-Turgut





zung füreinander und für die Arbeit der anderen zu entwickeln, sei eine sehr wertvolle Erfahrung für alle Beteiligten gewesen. *„Das Projekt hat der Partnerschaftsarbeit eine ganz neue Qualität gegeben.“*

Die deutsche Seite profitierte von den Erfahrungen der türkischen Seite, wie mit pragmatischen Ansätzen die Aufnahme von Geflüchteten schnell, aktiv und flexibel organisiert werden kann. In der Türkei zeigten sich die deutschen Gäste beeindruckt von einer Einrichtung für syrische Geflüchtete im sozial benachteiligten Istanbuler Stadtteil Sultanbeyli, der zusätzlich zu den geflüchteten Syrerinnen und Syrern auch viele Binnenmigrantinnen und Binnenmigranten aus dem Osten der Türkei aufgenommen hat. Allerdings gibt es auch ausgeprägte Vorbehalte den Geflüchteten gegenüber und viele wirtschaftliche Probleme.

Die türkischen Projektteilnehmenden gewannen während ihres Aufenthaltes in Osnabrück Einblicke in das erfolgreich etablierte lokale Integrationsmanagement und die Netzwerkarbeit vor Ort. Sie vertieften durch Besichtigungen und in den Diskussionen mit ihren Kolleginnen und Kollegen ihr Verständnis für interne Abläufe in der deutschen Kommune und erlebten, wie verschiedene Fachverwaltungen kooperieren. Auch die Netzwerkarbeit der Kommune mit NROs, die Arbeit des Migrationskompetenzzentrums der Akademie Überlingen und das Wirken des Quartiersmanagements in einem stark migrantisch geprägten Viertel Osnabrücks stießen auf viel Interesse.

Die positiven Erfahrungen, das neu entwickelte Bewusstsein füreinander und die vertieften persönlichen Kontakte legten den Grundstein für die Entwicklung und Ausarbeitung weiterführender Projektideen: Eine Gemeinschaftseinrichtung in Çanakkale soll einheimischen und geflüchteten Frauen und anderen benachteiligten Personengruppen einen geschützten Ort der Begegnung bieten. Es soll Beratung bei häuslicher Gewalt, aber auch Mentoring-Programme für junge Menschen in der Ausbildung und viele weitere Bildungsangebote geben. Von diesem Vorhaben versprechen sich die Partnerkommunen wertvolle Impulse für mehr interkulturelles Miteinander in Çanakkale. *„Außerdem haben sich die Kolleginnen und Kollegen Unterstützung beim Integrationsmanagement gewünscht“*, so Seda Rass-Turgut. Um nachhaltige Strukturen für das Thema Integration zu etablieren, soll unter anderem eine eigene Abteilung innerhalb der Sozialverwaltung von Çanakkale aufgebaut werden. Die Maßnahmen werden seit 2021 in einem Folgeprojekt im Rahmen des Schnellstartpakets II Nahost weitergeführt und umgesetzt.

1.4. BERLIN TEMPELHOF-SCHÖNEBERG – MERSIN MEZITLI (2019)

16

Kommunaler Erfahrungsaustausch für eine bessere Integration geflüchteter Menschen aus Syrien

Die Erfahrungen in der Integration Geflüchteter auszuwerten und darauf aufbauend verbesserte Integrationsmaßnahmen und nachhaltige Integrationsstrukturen aufzubauen, war das Anliegen der Projektpartnerschaft Berlin Tempelhof-Schöneberg und Mezitli. Beide Bezirke verbindet seit 2012 eine lebendige Städtepartnerschaft.

Seit 2010 sind viele Menschen aus Syrien nach Mezitli gekommen. In dem circa 200.000 Einwohnerinnen und Einwohner zählenden dicht besiedelten Bezirk leben mittlerweile rund 30.000 registrierte und vermutlich noch einmal 30.000 nicht registrierte Geflüchtete. Ihre nachhaltige soziale Integration in Wirtschaft und Gesellschaft stellt für die Verwaltung in Mezitli eine große Her-

ausforderung dar, nicht zuletzt, weil bei der Ankunft der Geflüchteten kaum Daten erhoben wurden und daher nur wenig über ihre tatsächlichen Lebensumstände und Bedürfnisse bekannt ist.

Das Projekt startete mit einer vierwöchigen Hospitation der türkischen Stadtplanerin und Referentin des Bezirksbürgermeisters von Mezitli in der Verwaltung von Tempelhof-Schöneberg. Im Rahmen der Hospitation besuchte die Fachkraft zahlreiche Einrichtungen der Geflüchteten-Arbeit und diskutierte mit Mitarbeitenden, Ehrenamtlichen und Geflüchteten vor Ort. Es ging dabei sowohl um Stadtplanung und Quartiersmanagement als auch um die Arbeit von Nachbarschafts-

Besuch in den
Hobbygärten – die
Idee dazu wurde
aus der Tempelhof-
Schöneberger
Gartenarbeitsschule
und den Hobbygär-
ten des Quartiers-
managements
mitgebracht
© Bezirksamt
Tempelhof-Schöne-
berg von Berlin



zentren, um Strukturen und Organisation in Geflüchtetenunterkünften und um die Zusammenarbeit von Ehrenamtlichen und Verwaltung zur Unterstützung geflüchteter Menschen. Außerdem konnte sie sich an Aktivitäten im Fachbereich Stadtplanung, insbesondere im Bereich der Sozialraumorientierung des Berliner Bezirks, beteiligen. Ihre „Lessons learnt“ brachte sie später in die Stadtverordnetenversammlung in Mezitli ein und wurde zur zentralen Ansprechperson für das Design einer Datenerhebung und Studie zur Lebenssituation von Geflüchteten und dem Blick der Mehrheitsgesellschaft auf die Geflüchteten. Die wichtigsten Ergebnisse der Studie wurden in einer Broschüre veröffentlicht.

Auf einem Workshop in Mezitli zur Auswertung der Studienergebnisse entwickelten die Teilnehmenden aus Politik und Verwaltung in Mezitli und Berlin gemeinsame Überlegungen, wie auf die konkrete Situation der Geflüchteten und ihre Bedarfe von Seiten der Kommunen reagiert werden

kann. Bei einem zweiten Fachaustausch in Berlin besuchte die türkische Delegation verschiedene Einrichtungen vor Ort und konkretisierte zusammen mit den Berliner Partnerinnen und Partnern die Überlegungen aus dem ersten Workshop.

Als eine Maßnahme zur verbesserten Integration möchte die Verwaltung von Mezitli in Zusammenarbeit mit Berlin Tempelhof Schöneberg ein Haus des Ehrenamtes aufbauen. Die durch die Projektpartnerschaft gefestigten Strukturen der Zusammenarbeit und der stattgefundenen Wissenstransfer werden zu einer erfolgreichen Umsetzung beitragen.



Die Delegation aus Berlin mit Hürrem Betül Levent Erdal (Referentin und Strategic Development Planner) und Lehrkräften der Schule in der Internationalen Arabischen NINOVA-Schule
© Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin

1.5. SCHWÄBISCH HALL – KARESI (2019)

Zusammenarbeit für eine saubere Umwelt

18

Schon seit 2006 pflegen Schwäbisch Hall und Karesi eine Städtepartnerschaft. Um den Umweltschutz in der Stadt zu stärken und alle Menschen in der Stadt dabei mitzunehmen, starteten die Kommunen mit Mitteln des „Schnellstarterpakets I Nahost“ ein Projekt zur Trennung und Vermeidung von Müll sowie zur Bewusstseinsbildung für das Thema Umweltschutz. Standen bisher zumeist der kulturelle Austausch und offizielle Anlässe im Vordergrund, eröffnete das Projekt neue Wege der Zusammenarbeit, wobei auch die Verwaltungen wieder verstärkt ins Gespräch miteinander kamen.

In der industriell geprägten Großstadt Karesi mit ihren circa 180.000 Einwohnerinnen und Einwohnern entstanden in den letzten Jahren viele Neubaugebiete. Viel Bauschutt, wenig Recyclingmöglichkeiten und ein insgesamt erhöhtes Müllvorkommen stellten die Stadt vor Herausforderungen. Die beiden Partnerkommunen vereinbarten deshalb, Karesi durch Expertenaustausch im Bereich Müllvermeidung, Sortierung und Entsorgung zu unterstützen. Zugleich sollte es beim Projekt um die Sensibilisierung junger Menschen für Nachhaltigkeitsthemen gehen.

Zielgruppen des Projekts waren zum einen Expertinnen und Experten aus beiden Stadtverwaltungen und zum anderen Schülerinnen und Schüler. Die Jugendlichen gaben ihr Wissen und ihre kreativen Ideen anschließend an Gleichaltrige mit und ohne Fluchthintergrund weiter. In den vergangenen Jahren nahm Karesi rund 2.000 registrierte Geflüchtete auf. Viele geflüchtete Kinder und Jugendliche besuchen in Karesi die Regelschulen.

Bei einer ersten Delegationsreise nach Schwäbisch Hall informierten sich acht türkische Fachleute über Möglichkeiten der Mülltrennung und -entsorgung sowie über die Verarbeitung von Biomüll in der deutschen Kommune.

Eine zweite Delegation bestand aus einer Gruppe türkischer Schülerinnen und Schüler. Durch Exkursionen und gemeinsame Aktivitäten sammelten sie viele Eindrücke und gründeten im Anschluss in Karesi eine Umweltschutzgruppe. Die Schülerinnen und Schüler setzten sich zum Beispiel für das Aufstellen von Pfandflaschen-Automaten in Karesi ein. Gemeinsam mit geflüchteten Jugendlichen stellten sie bei einem Workshop Brieftaschen aus Tetra Paks her und schärferten so das Bewusstsein für die Möglichkeiten des Upcyclings.

Unvorhergesehene Entwicklungen zwangen die Projektkommunen zu Änderungen des geplanten Verlaufs. Bei der Kommunalwahl im März 2019 wurde in Karesi ein neuer Bürgermeister gewählt. Viele Verwaltungsangestellte wechselten in andere Bereiche. Durch zeitliche Verzögerungen konnte eine Delegationsreise deutscher Fachleute nach Karesi zunächst nicht stattfinden. Doch die Neubesetzungen in der Stadtverwaltung gaben der Partnerschaft auch neue Impulse. Manche Kontakte im Bereich Schulaustausch, Bürgerschafts- oder Delegationsreisen waren aufgrund der aktuellen politischen Situation in der Türkei zuletzt schwieriger und seltener geworden. „Nun haben wir neue Ansprechpersonen und können die Arbeit wieder intensivieren“, sagt Karin Eißele-Kraft, Abteilungsleiterin für Bürgerschaft/Gleichstellung/Städtepartnerschaften in Schwäbisch Hall. Sie ist überzeugt, dass das Thema Jugendbildung in Verbindung mit Müllvermeidung und Klimaschutz auch in Zukunft ein zentrales Thema für die Städtepartnerschaft bleiben wird.

Insgesamt ist es mit dem Projekt „Partnerschaft für eine saubere Umwelt“ gelungen, viele Fachleute und Jugendliche in Karesi für das Thema Müll zu sensibilisieren. Karin Eißebe-Kraft betont, dass der Wissenstransfer aber keine Einbahnstraße war. „Aus den Berichten über die rasche Umsetzung des Gelernten in der Türkei konnten wir auch viele neue Ideen für uns gewinnen“, sagt sie. So hat ein in Karesi durchgeführter Filmabend

im Freien zum Thema Müll die deutschen Projektpartnerinnen und -partner beeindruckt. Und mit einem großen Müllfest würdigte Karesi Menschen, die sich besonders fürs Müllsammeln engagiert hatten. „Das wäre auch bei uns eine Möglichkeit. Denn die Disziplin, Müll zu trennen und zu vermeiden, lässt bei uns leider wieder nach“, so Karin Eißebe-Kraft.



Links: Informationsaustausch auf dem Werkhof der Stadt, Thema Stadtreinigung
© Stadt Schwäbisch Hall

Unten links: Schülerinnen und Schüler aus Karesi auf dem Wertstoffhof
© Stadt Schwäbisch Hall

Unten rechts: Kinder in Karesi sammeln recyclebare Materialien
© Stadt Karesi



1.6. BERLIN TREPTOW-KÖPENICK – ESKIŞEHİR TEPEBAŞI (2018)

20

Förderung sozialen Engagements und wirtschaftlicher Existenzen für junge Menschen und Geflüchtete

Durch Existenzgründungsberatung die Integration von Geflüchteten fördern und den Jugendlichen der Stadt neue Einkommensmöglichkeiten im Bereich der Sozial- und Kreativwirtschaft bieten: Das war das Ziel einer Projektpartnerschaft des Berliner Bezirks Treptow-Köpenick mit dem Bezirk Eskişehir Tepebaşı, welche im Rahmen des Schnellstarterpakets I Nahost finanziell gefördert wurde.

Die etwa 680.000 Einwohnerinnen und Einwohner zählende Stadt Eskişehir mit ihrem Bezirk Tepebaşı ist eine moderne, weltoffene und wirtschaftlich dynamische Großstadt. Dank der zwei großen Universitäten ist sie ein wichtiger Bildungsstandort in Anatolien. Dennoch ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt vor allem für junge Erwachsene angespannt. In der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen liegt die Arbeitslosenrate bei 34 Prozent. Viele gut qualifizierte Arbeitskräfte suchen daher den Weg in die Selbstständigkeit. Die Existenzgründungen scheitern jedoch häufig. In der Folge sehen sich die jungen Menschen gezwungen abzuwandern, sie werden erwerbslos oder müssen Arbeitsangebote annehmen, die weit unter ihrer Qualifikation liegen. Professionelle Gründungsberatung kann hier Unterstützung bieten – auch für viele der circa 5.000 Geflüchteten, die in Tepebaşı leben.

Bei der Planung des Partnerschaftsprojektes verständigten sich die beiden Kommunen darauf, dass das Kooperationsprojekt in gelebter interkultureller Zusammenarbeit einen Beitrag zur Beschäftigungs-, Kreativitäts- und Gemeinwohlförderung leisten sollte. Im Fokus stand das neue

Existenzgründungszentrum für Kreativ- und Sozialberufe der Stadtverwaltung Tepebaşı. Hier sollen geflüchteten und einheimischen jungen Menschen durch Beratungs- und Schulungsangebote Perspektiven zur Gründung eines eigenen Unternehmens aufgezeigt werden.

Zielgruppen des Projekts waren kommunale Fachleute, zivilgesellschaftliche Partnerorganisationen sowie potenzielle Gründerinnen und Gründer. Junge Geflüchtete und Frauen standen dabei besonders im Fokus. Zum Projekt gehörten neben interkulturellen Schulungen und Sprachkursen für Türkisch und Arabisch auch Planungsworkshops. Fachleute aus beiden Partnerkommunen entwickelten bei zwei Workshops in Deutschland und in der Türkei ein erstes Kursprogramm zur Gründungsförderung gemeinnütziger und kreativer Vorhaben. Außerdem erarbeiteten die Teilnehmenden Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeitenden des Gründungszentrums und für Ehrenamtliche in der Geflüchteten-Arbeit. Das Gründungszentrum in Tepebaşı konnte schließlich mit dem erlangten Wissen in 2018 als gemeinsames Projektergebnis eröffnet werden. Durch eine Vielzahl an Angeboten und Strukturen werden hier Existenzgründerinnen und -gründer bei der Planung und Realisierung ihrer Vorhaben unterstützt.

Das Projekt wird von beiden Seiten als sehr erfolgreich und bereichernd für die 2017 offiziell besiegelte Städtepartnerschaft bewertet. Zwar gab es im Projektverlauf Schwierigkeiten wegen der Entwertung der Lira und starker Inflation. Dennoch gelang es, das Projekt in geplanter

Weise durchzuführen. Zu den Erfolgsfaktoren gehörte, dass Politik und Verwaltung in beiden Kommunen das Projekt dauerhaft und mit ähnlicher Intensität unterstützten und zahlreiche engagierte zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure für eine Mitarbeit gewonnen werden konnten. Auch dass beide Bezirke eine aktive Kunst- und Kreativszene haben, die durch Professionalisierung viele Möglichkeiten zur Existenzgründung bieten kann, war von Vorteil.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit konnte nach dem Projektabschluss weitergehen. In Tepebaşı wurde mit Unterstützung des Programms „Fachkräfte für kommunale Partnerschaften weltweit“, das von GIZ und SKEW gemeinsam umgesetzt wird, bis Herbst 2021 eine lokale Fachkraft eingestellt.



Links: Bürgermeister Dt. Ahmet Ataç im Gespräch mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern des ersten Existenzgründungsseminars. Das Existenzgründungszentrum in Tepebaşı bietet jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund Perspektiven
© Ekişehir Tepebaşı Belediyesi

Unten: Bezirksbürgermeister Oliver Igel besichtigt gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick die Baustelle des neuen Existenzgründungszentrums
© Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin/Schmohl



Oben: Im Dezember 2018 konnte das Existenzgründungszentrum feierlich eröffnet werden
© Eskişehir Tepebaşı Belediyesi

2. GASTBEITRAG DER GIZ: BILATERALE ZUSAMMENARBEIT MIT AUFNAHMEKOMMUNEN VON GEFLÜCHTETEN IN DER TÜRKEI



Kommunen in der Türkei und in Deutschland haben in den vergangenen Jahren eine Vielzahl vergleichbarer Erfahrungen bei der Aufnahme und Integration Geflüchteter gesammelt. Kommunen beider Länder eint das Bestreben, die Rahmenbedingungen für ein friedfertiges Zusammenleben in den Aufnahmegemeinden nachhaltig zu stärken.

Integration und soziale Kohäsion werden hierbei als zentrale Bausteine kommunalen Handelns aufgefasst. Insbesondere stehen dabei gleichermaßen Geflüchtete wie auch andere vulnerable Gruppen in den aufnehmenden Gemeinden im Fokus. Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) kommunale Akteurinnen und Akteure in der Türkei bei der nachhaltigen Bewältigung dieser Herausforderungen. Die Arbeit der GIZ in der Türkei wird auch durch die Europäischen Union gefördert.

Kommunales Potenzial unterstützen und umsetzen

In zahlreichen türkischen Aufnahmekommunen unterstützt die GIZ eine Reihe kommunaler Akteurinnen und Akteure, um Integration nachhaltig zu gestalten. Hierbei werden Kommunen als zentraler Ort verstanden, an dem Integration stattfindet: Geflüchtete finden ein neues Zuhause, schließen erste Kontakte zu Einheimischen und lernen die Sprache des Aufnahmelandes. Sie finden ihre erste Arbeitsstelle in der Region und ihre Kinder besuchen die lokalen Schulen. Geflüchtete

werden Teil der Aufnahmegemeinde und Kommunen die zentralen Akteurinnen erfolgreicher Integration und friedlichen Zusammen- und Miteinanderlebens zwischen Einheimischen und Zugewanderten.

Mittels des BMZ finanzierten Projekt-Clusters zur Unterstützung von Geflüchteten und aufnehmenden Gemeinden (SRHC) setzt die GIZ breitenwirksame Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Beschäftigungsförderung, soziale Kohäsion, Kapazitätsentwicklung sowie Psychische Gesundheit und Psychosoziale Unterstützung (MHPSS) um. Sei es die Stärkung staatlicher Aufnahmestrukturen und des türkischen Migrationsmanagements, die Verbesserung von Basisdienstleistungen, zum Beispiel über Gemeinschafts- und Gesundheitszentren, die Förderung wirtschaftlicher Perspektiven oder Maßnahmen in frühkindlicher und beruflicher Bildung: Das Portfolio der GIZ unterstützt Akteurinnen und Akteure darin, Beratung und Unterstützung für Geflüchtete sowie vulnerable Gruppen anzubieten und landesweit Orte der Begegnung zwischen Einheimischen und Geflüchteten zu schaffen. Die Zusammenarbeit mit Kommunen und das Know-how ihrer Akteurinnen und Akteure hat hierbei eine Schlüsselfunktion.

Abbildung 1: Zusammenarbeit der GIZ Türkei mit Provinzen (Stand 2021)

Kommunales Kooperationsnetzwerk

Die Abbildungen 1 und 2 auf Seite 24 und 25 geben einen Überblick über die Provinzen und Gemeinden, mit denen das SRHC Cluster aktuell in Kooperation steht. Bei diesen Partnern handelt es sich insbesondere um Kommunen, in denen eine hohe Anzahl von Geflüchteten leben. Die Mehrzahl der Partnergemeinden liegt nah an der türkisch-syrischen Grenze.

Angebote adressieren nicht nur staatliche Akteurinnen und Akteure, sondern auch Geflüchtete, die türkische Bevölkerung sowie nichtstaatliche Organisationen: Der Ansatz der kommunalen Zusammenarbeit der GIZ ist charakterisiert durch ein duales Vorgehen. Einerseits werden in Kooperation mit Kommunen kapazitätsbildende Maßnahmen implementiert. Die GIZ arbeitet direkt mit Kommunen und Stadtverwaltungen, um die institutionellen und personellen Kapazitäten im Migrationsmanagement nachhaltig zu stärken. Andererseits werden in Absprache mit Kommunen Maßnahmen in vorschulischen, mittelschulischen, technischen und berufsbildenden Bildungseinrichtungen, Jugendzentren, Gemeinschafts- und Gesundheitszentren und zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Organisationen durchgeführt sowie unterstützt.

Engagement der GIZ in der Türkei

Partnerschaften auf Augenhöhe bilden den Kern der technischen Zusammenarbeit der GIZ. Entsprechend verfolgt die GIZ Türkei das Ziel, die Kapazitäten ihrer türkischen Partnerinstitutionen zur eigenständigen Bewältigung der Herausforderungen von Flucht und Migration zu stärken.

Soziale Kohäsion

Soziale Kohäsion in den aufnehmenden Gemeinden in der Türkei zu stärken, ist integraler Bestandteil aller Projekte des SRHC Clusters. Dem „Do-no-harm“ Prinzip folgend unterstützen die Vorhaben syrische Geflüchtete und Menschen in den aufnehmenden Gemeinden gleichermaßen. Für eine dauerhafte Lösung der Geflüchtetenaufnahme ist es unerlässlich, sozialen Spannungen entgegenzuwirken.

Gemeindezentren spielen eine wichtige Rolle, um Angebote für Geflüchtete an einem Ort zu bündeln und einen sicheren Raum für interkulturelle Begegnungen zu schaffen. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen, welche einige der Gemeindezentren betreiben, leisten ergänzend zu den staatlichen Angeboten einen wichtigen Beitrag zur sozialen Kohäsion in ihren Gemeinden. Diese bieten sowohl für die Aufnahmegemeinden als auch für Geflüchtete unter anderem nicht-formale Bildungskurse (zum Beispiel Sprachkurse), Bildungsberatung, Unterstützung bei der Schulregistrierung sowie nicht zuletzt Kurse zur Vermitt-

lung von lebens- und beschäftigungsrelevanten Kompetenzen (life and work skills) an. Ergänzend bearbeitet die GIZ Türkei auch den Bereich des Schutzes vulnerabler Personen am Schnittpunkt humanitärer und entwicklungsorientierter Arbeit.

Zudem unterstützt die GIZ Jugendzentren, um mehr geflüchtete Kinder und Jugendliche zur Teilnahme an kreativen und sportlichen Aktivitäten zu motivieren und somit einen Raum für gemeinsame, außerschulische Zusammenkünfte zu schaffen. Hier werden auch gezielt Freiwillige aus Aufnahmekommunen und Geflüchtete zusammen ausgebildet und in der Implementierung von Aktivitäten zur Förderung der sozialen Kohäsion unterstützt.

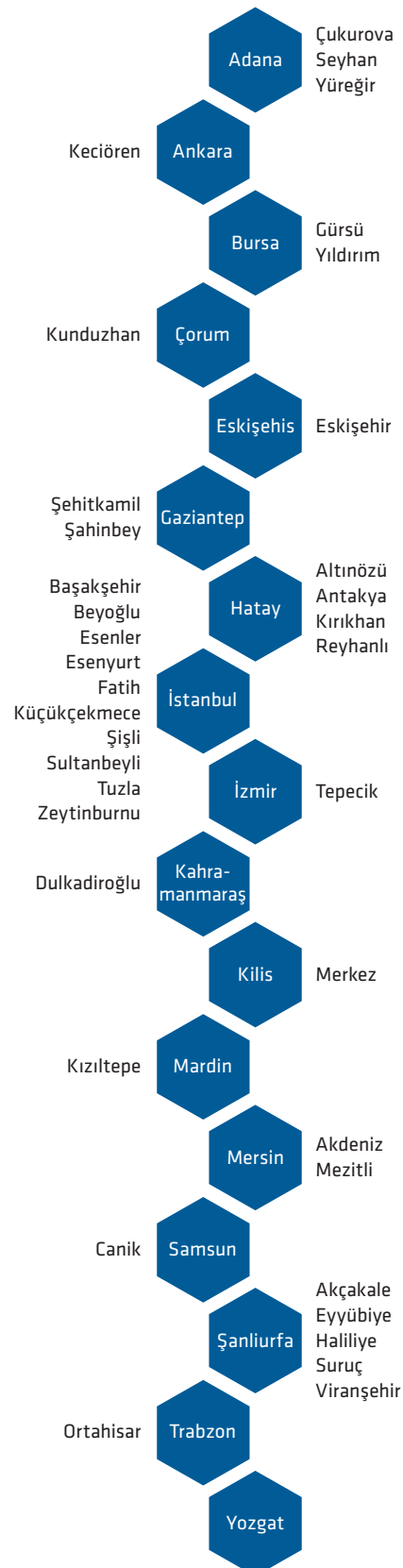
Beschäftigungsförderung

Die Projekte der GIZ zur Beschäftigungsförderung schaffen Perspektiven für bedürftige syrische und türkische Familien. Dabei unterstützt die GIZ durch enge Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Familie, Arbeit und Soziales, der Türkischen Arbeitsagentur sowie Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen die Umsetzung der Beschäftigungspolitik der türkischen Regierung. Die Maßnahmen adressieren die individuellen Bedürfnisse, Qualifikationen und Fähigkeiten der Zielgruppe und unterstützen die Teilnehmenden bei der Suche nach einer Beschäftigung im privaten und öffentlichen Sektor. Darauf aufbauend werden in der Beschäftigungsförderung für syrische Geflüchtete und arbeitssuchende Einheimische besondere Maßnahmen für vulnerable Gruppen ergriffen. So wird arbeitssuchenden Müttern der Zugang zu Kinderbetreuung ermöglicht. Sprachliche Förderung und interkulturelle Interaktion sind Bestandteil aller Maßnahmen und Trainings zur Beschäftigungsförderung.

Psychische Gesundheit und Psychosoziale Unterstützung

Die Auswirkungen psychischer und psychosozialer Belastungen für Geflüchtete und die Bewohnerinnen und Bewohner aufnehmender Gemeinden in der Türkei haben sich durch die Restriktionen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie verschärft. Mühsam aufgebaute Existenzgrundlagen und Perspektiven wurden zerstört, Erinnerungen an traumatische Verlusterfahrungen geweckt und bestehende soziale und psychische Belastungen erhöht. Um diesen vielschichtigen psychosozialen Herausforderungen entgegenzuwirken, zielen die

Abbildung 2: Zusammenarbeit mit Gemeinden in der Türkei (Stand 2021) – die Waben zeigen die Namen der Provinzen, die zugehörigen Stadtbezirke stehen seitlich.



Maßnahmen der GIZ darauf ab, die Zugangsmöglichkeiten zu Leistungen im Bereich Mental Health and Psychosocial Support (MHPSS) zu verbessern. Zudem unterstützt die GIZ den Ausbau von MHPSS-Leistungen sowie Weiterbildungen für MHPSS-Praktikerinnen und -Praktiker (z.B. psychosoziale Beraterinnen und Berater, Therapeutinnen und Therapeuten sowie Übersetzerinnen und Übersetzer).

Bildung

Die nationale Bildungsstrategie sieht eine Integration von syrischen Kindern in das türkische Schulwesen vor. Durch eine Qualifizierung der Lehrkräfte werden die Voraussetzungen für einen gemeinsamen Unterricht von syrischen und türkischen Kindern geschaffen. Die GIZ unterstützt das Bildungsministerium bei der Umsetzung der nationalen Bildungsstrategien im Vorschulbereich. Sie sieht die Schulpflicht für alle türkischen Kinder wie auch geflüchteten Kinder ab dem 5. Lebensjahr vor. Durch Trainings für Lehrpersonal und die Bereitstellung von Lehrmaterial hat die GIZ außerdem zu einer Anpassung des Unterrichts an die besondere Situation beigetragen: Lehrerinnen und Lehrer wurden in interkulturellen Kompetenzen, inklusiven Lehrmethoden und der Vermittlung von Türkisch als Fremdsprache fortgebildet.

Zudem werden Schülerinnen und Schüler der Berufsschulen beraten, wie sie erfolgreich eine Arbeit suchen und finden können. Die Einführung der Berufsberatung für die 7. und 8. Klassen soll Schülerinnen und Schüler und deren Familien dazu befähigen, fundierte Entscheidungen über Bildung und Ausbildung zu treffen. Vor allem für syrische Familien ist das Ziel, die berufliche Bildung und Ausbildung zu absolvieren.

Kapazitätsentwicklung

Um die Kapazitäten lokaler Regierungsinstitutionen zu stärken, werden Gemeinden durch kleine Projektzuschüsse unterstützt. Zudem werden Dialog- und Austauschformate sowie Peer Learning von Kommunen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene gefördert. Der kommunale Dialog in der Türkei sowie auch über die Landesgrenzen hinaus liefert hierbei wichtige Impulse, um die Integration von Geflüchteten wirksam und nachhaltig zu gestalten. Beiträge der internationalen Gemeinschaft sind wichtig, um insbesondere die Bemühungen von aufnehmenden Gemeinden nachhaltig zu unterstützen. Kontinuierliche Dialogprozesse und Austauschformate zeigen, dass für eine wirksame und nachhaltige Umsetzung integrativer Maßnahmen der Austausch über Erfahrungen und Praktiken überaus wertvoll ist.

Kommunen als gestaltende Kraft

Kommunen als Akteurinnen zwischen zentralstaatlichen Strukturen und Einheimischen und Geflüchteten haben eine Schlüsselfunktion inne, um die Resilienz der Gemeinden und den sozialen Zusammenhalt nachhaltig zu stärken. Für die aufnehmenden Gemeinden bleibt die gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration der Geflüchteten auf absehbare Zeit eine Aufgabe, die auch eine breite internationale Unterstützung erfordert. Dahingehend bietet der Beitrag einen ersten Einblick in die Prozesse, welche die GIZ bereits begleitet und zukünftig verfolgen wird, um lokale Partner bei der Gestaltung lokaler Lösungen zu unterstützen.



Links: Projektmaßnahme im Rahmen des Community Centres Projektes in Gaziantep/Türkei © GIZ

Rechts: Istanbul, Außenansicht der Süleymaniye-Moschee © istockphoto.com/epicimages

3. RAHMENBEDINGUNGEN UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR KOMMUNALE DEUTSCH-TÜRKISCHE PROJEKTPARTNERSCHAFTEN



3.1. BASISWISSEN TÜRKEI: SOZIODEMOGRAFISCHE UND -ÖKONOMISCHE DATEN

28

Die Republik Türkei (Türkiye Cumhuriyeti, Kurzform Türkiye) liegt im vorderasiatischen Anatolien und südosteuropäischen Ostthrakien. Das Land wurde 1923 als Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches gegründet.

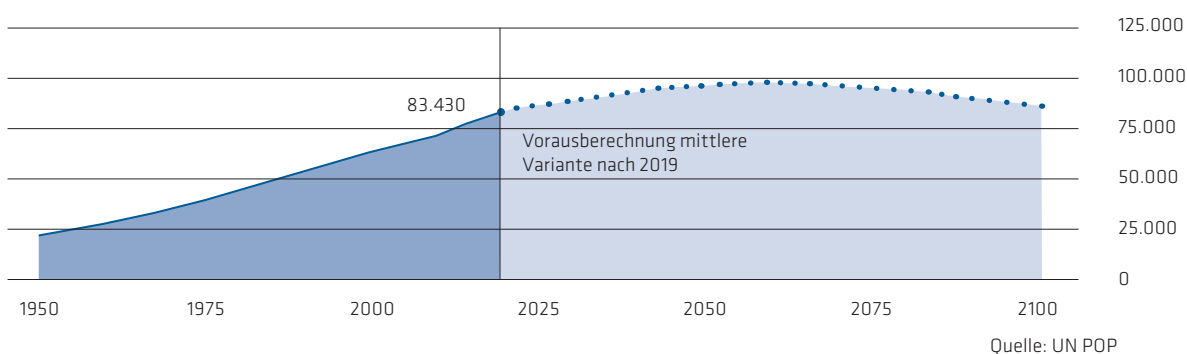
In der Türkei lebten im Jahr 2020 rund 84,3 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner auf einer Fläche von 785.350 Quadratkilometern.¹ Die Geburtenrate liegt mit zwei etwas höher als der europäische Durchschnitt. Kinder und Jugendliche bis 14 Jahren machen fast 24 Prozent der Bevölkerung aus; 51,2 Prozent sind 25 bis 64 Jahre alt. Im Ballungsraum von Istanbul lebt knapp ein Fünftel der türkischen Bevölkerung, in der Metropole selbst leben 15,5 Millionen Menschen.² In der Hauptstadt Ankara leben 5,4 Millionen Menschen. Weitere Ballungszentren sind die Millionenstädte Izmir, Bursa, Adana, Gaziantep, Antalya und Konya. Im Jahr 2018 lebten rund

75,1 Prozent der Gesamtbevölkerung der Türkei in Städten. Die Bevölkerung ist in den letzten Jahren durch den Zustrom Geflüchteter, insbesondere aus dem südlichen Nachbarland Syrien, stark angewachsen. Derzeit befinden sich nach offiziellen Angaben rund 3,7 Millionen geflohene Syrerinnen und Syrer im Land.³

Religionen und Ethnien

Knapp 99 Prozent der Menschen in der Türkei sind Muslime, davon etwa 80 Prozent Sunniten und 15 bis 20 Prozent Alewiten – die Zahlen variieren je nach Quelle.^{4 5} Über 60 Prozent der Bevölkerung bezeichnet sich selbst als religiös (51 Prozent) oder fromm (10 Prozent), wobei der Anteil in den letzten zehn Jahren rückläufig ist.⁶ Kurdinnen und Kurden stellen mit bis zu 14 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern die größte ethnische Minderheit in der Türkei.⁷

Bevölkerungsentwicklung in 1.000



- 1 GTAI (2020): Wirtschaftsdaten kompakt: Türkei, abgerufen am 01.03.2021, <https://www.gtai.de/resource/blob/15970/553023-ab553ef6c3106f8e84b09086b2/mkt201611222099-159220-wirtschaftsdaten-kompakt-tuerkei-data.pdf>
- 2 TURKSTAT (2021): The Results of Address Based Population Registration System 2020, abgerufen am 01.03.2021, <https://data.tuik.gov.tr/Bulten/Index?p=37210&dil=2>
- 3 UNHCR (2021): UNHCR Turkey Operational Update January 2021, abgerufen am 01.03.2021, <https://data2.unhcr.org/en/documents/details/85077>
- 4 Schloßmacher, Gereon (2014): Religionszugehörigkeit in der Türkei, abgerufen am 02.01.2020, <http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/187253/religionszugehoerigkeit>
- 5 Karapetyan, Mkrtych (2018): The Alevi/ Alawite factor in Turkey. Syria relations in the Light of the Syrian crisis. Journal of Liberty and International Affairs, 4(3), 24-40.
- 6 Konda (2018): Hayat Tarzlari 2018, abgerufen am 08.03.2021, <https://interaktif.konda.com.tr/tr/HayatTarzlari2018/#7thPage/1>
- 7 Kuzu, Durukan (2018): Multiculturalism in Turkey: The Kurds and the State. Cambridge University Press.

Wirtschaftliche Rahmendaten

Im Jahr 2020 schrumpfte die türkische Wirtschaft um 10,3 Prozent⁸ und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf sank von umgerechnet 9.150 US-Dollar auf 8.548 US-Dollar.⁹ Besonders gelitten hat die türkische Wirtschaft unter dem starken Rückgang des Tourismus wegen der Pandemie, außerdem ist die Binnennachfrage stark zurückgegangen.¹⁰ Infolgedessen schloss der türkische Tourismussektor das Jahr 2020 mit einem Verlust von 65 Prozent ab.¹¹ Mit den Lockerungen der Coronamaßnahmen im Juli 2021 wurde ein Aufschwung des Tourismussektors erwartet und für Ende 2021 wird ein Anstieg des BIP pro Kopf auf 9,327 US-Dollar prognostiziert.¹² Die Tatsache, dass das BIP der Türkei im zweiten Quartal 2021 um 21,7 Prozent gestiegen ist, zeigt die deutliche Erholung.¹³ Sollte die jährliche Wachstumsrate 20 Prozent übersteigen, wäre dies der höchste Stand seit dem Jahr 1999.¹⁴ Aufgrund der komplexen weltwirtschaftlichen Implikationen der Coronapandemie sind belastbare Prognosen derzeit jedoch kaum möglich.

Außerdem stieg die jährliche Inflationsrate in der Türkei im Juli 2021 höher als erwartet auf 18,95 Prozent und klettert damit auf ein Zweijahreshoch.¹⁵ Inzwischen hat die türkische Lira seit März 2021 gegenüber dem US-Dollar mehr als 13 Prozent an Wert verloren.¹⁶

Der größte Exportmarkt der Türkei ist im Jahr 2020 mit 8,8 Prozent des Anteils Deutschland, gefolgt von Großbritannien und den USA mit 6,2 beziehungsweise 6,1 Prozent. Die meisten Importe erfolgen aus China (11,1 Prozent) und Deutschland (10,7 Prozent). Der Anteil der ersten fünf Handelspartner an den gesamten Exporten und Importen lagen bei 31,3 beziehungsweise 39,2 Prozent.¹⁷

Politische Integration

Die Türkei ist unter anderem Mitglied der OECD, der NATO, der Vereinten Nationen, der G20 sowie der Organisation für Islamische Zusammenarbeit. Seit 1996 ist die Türkei Mitglied der EU-Zollunion und seit 1999 darüber hinaus offizieller EU-Beitrittskandidat.¹⁸

-
- 8 Koc, Cagan (2021): Turkey Set to Rebound from Virus Contraction With Record Growth, abgerufen am 06.09.2021, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2021-09-01/turkey-set-to-rebound-from-virus-contraction-with-record-growth>
- 9 Statista (2021): Türkei: Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in jeweiligen Preisen von 1980 bis 2020 und Prognosen bis 2026, abgerufen am 01.09.2021, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14452/umfrage/bruttoinlandsprodukt-pro-kopf-in-der-tuerkei/>
- 10 GTAI (2020): Coronavirus schwächt die türkische Wirtschaft, abgerufen am 31.08.2020, <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/specials/special/tuerkei/coronavirus-schwaecht-die-tuerkische-wirtschaft-234698>
- 11 Anadolu Agency (AA) (2021): Turkey to host twice as many tourists in 2021, abgerufen am 01.09.2021, <https://www.aa.com.tr/en/life/turkey-to-host-twice-as-many-tourists-in-2021-official/2178688>
- 12 Statista (2021): Türkei: Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in jeweiligen Preisen von 1980 bis 2020 und Prognosen bis 2026, abgerufen am 01.09.2021, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14452/umfrage/bruttoinlandsprodukt-pro-kopf-in-der-tuerkei/>
- 13 TURKSTAT (2021): Quarterly Gross Domestic Product, Quarter II: April-June, 2021, abgerufen am 01.09.2021, <https://data.tuik.gov.tr/Bulten/Index?p=Quarterly-Gross-Domestic-Product-Quarter-II:-April-June,-2021-37182&dil=2>
- 14 Koc, Cagan (2021): Turkey Set to Rebound from Virus Contraction With Record Growth, abgerufen am 06.09.2021, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2021-09-01/turkey-set-to-rebound-from-virus-contraction-with-record-growth>
- 15 TURKSTAT (2021): Consumer Price Index, July 2021, abgerufen am 01.09.2021, <https://data.tuik.gov.tr/Bulten/Index?p=Consumer-Price-Index-July-2021-37385&dil=2>
- 16 Koc, Cagan (2021): Turkey Set to Rebound from Virus Contraction With Record Growth, abgerufen am 06.09.2021, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2021-09-01/turkey-set-to-rebound-from-virus-contraction-with-record-growth>
- 17 TURKSTAT (2021): Foreign Trade Statistics, December 2020, abgerufen am 01.09.2021, <https://data.tuik.gov.tr/Bulten/Index?p=Foreign-Trade-Statistics-December-2020-37412&dil=2>
- 18 Auswärtiges Amt (2019): EU-Erweiterung: Türkei, abgerufen am 01.03.2021, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/erweiterung-nachbarschaft/eu-tuerkei/202106>

3.2. KOMMUNALE STRUKTUR UND HANDLUNGSSPIELRÄUME HEUTE

30

Die Türkei verfügt über zentralisierte wie auch über dezentrale Strukturen (lokale Selbstverwaltung). 81 Provinzen in sieben Regionen gliedern die zentrale Verwaltungsstruktur der Türkei. Die Provinzen sind gesetzlich festgelegt und stellen eine Ebene der Zentralregierung dar: Jede wird von einer Gouverneurin oder einem Gouverneur (Vali) geleitet, der oder die vom Ministerrat der Türkei ernannt wird und von der Staatspräsidentin bzw. vom Staatspräsidenten bestätigt werden muss. Die Provinzen sind jeweils in Landkreise unterteilt. Die oberste Beamtin oder der oberste Beamte jedes Landkreises ist der Kaymakam, der von der Innenministerin bzw. dem Innenminister ernannt und ebenfalls von der Präsidentin bzw. vom Präsidenten bestätigt werden muss. In jeder Provinz gibt es eine Hauptstadt, in der in der Regel der Verwaltungsapparat angesiedelt ist.¹⁹

Dezentrale Verwaltungsstrukturen

Auf dezentraler Ebene bestehen die für kommunale Projektpartnerschaften und Städtepartnerschaften relevanten Strukturen der kommunalen Selbstverwaltung im Wesentlichen aus der Büyükşehir Belediyesi (in Großstadtkommunen mit mehr als 750.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und Metropolregionen) und den Belediye Stadtverwaltungen/Bezirksverwaltungen in Städten/Bezirke mit mehr als 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.²⁰ Dezentrale Organe der Selbstverwaltung haben den Status einer juristischen Person des öffentlichen Rechts.

Großstadtkommunen/Metropolregionen (Büyükşehir Belediyesi) und Kommunen/Bezirke (Belediye)

In der Türkei leben heute circa 78 Prozent der Bevölkerung in 30 Großstadtkommunen/Metropolregionen.²¹ Der Rest der Bevölkerung lebt in den 51 weiteren Provinzen, davon die Mehrheit in Kommunen mit eigenen Selbstverwaltungsstrukturen (Belediye). Der Status der Großstadtkommune/Metropolregion, die gleichzeitig auch eine Provinz (İl) ist, wird jenen Städten zuerkannt, die

Empfehlung: Beziehungen zur Zentralverwaltung in Ankara können für kommunale Projekte sehr hilfreich sein. Hier ist im Vorfeld die Beziehung der jeweiligen Kommune zur Zentralverwaltung zu klären. Um Projekte auf kommunaler Ebene durchführen zu können, muss immer sowohl das zentrale als auch das dezentrale System berücksichtigt und einbezogen werden. Zwischen den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren gibt es einerseits politische Beziehungen: Wer gehört welcher Partei an, wie stehen die Parteien zueinander? Andererseits sind auch persönliche Beziehungen zwischen den Akteurinnen und Akteuren sehr wichtig und sollten in Erfahrung gebracht und berücksichtigt werden, um eine effektive Zusammenarbeit zu gewährleisten. Auch deutsche Vertreterinnen und Vertreter sollten versuchen, diese persönliche Beziehungsebene frühzeitig auf- und auszubauen.

19 Engagement Global (2018): Kommunalstrukturen in der Türkei und Potenziale für kommunale Projektpartnerschaften.

20 Gereon Schloßmacher: Verwaltungsgliederung Türkei, Bundeszentrale für politische Bildung, abgerufen am 10.06.2021, <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/187973/verwaltung>

21 Engagement Global (2018): Kommunalstrukturen in der Türkei und Potenziale für kommunale Projektpartnerschaften.

mehr als 750.000 Einwohnerinnen und Einwohner besitzen. Teilweise sind die Großstadtkommunen/Metropolregionen auch durch Zusammenlegungen mehrerer Städte oder Landkreise entstanden. Die Großstadtkommunen/Metropolregionen sind in Bezirke unterteilt, die eigene Selbstverwaltungsstrukturen haben, die denen einer Kommune entsprechen. Die Einwohnerinnen und Einwohner der Großstadtkommunen/Metropolregionen wählen die (Ober-)Bürgermeisterin oder den (Ober-)Bürgermeister der Großstadtkommune. Außerdem geben sie ihre Stimme für die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister ihres Bezirks, die Mitglieder des Bezirksrats sowie die oder den Vorsitzenden und den Ältestenrat ihres Viertels ab. Der Rat der Großstadtkommune setzt sich aus den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der Bezirke zusammen und wird von der Bürgermeisterin oder vom Bürgermeister der Großstadtkommune (im Prinzip eine Oberbürgermeisterin oder ein Oberbürgermeister) geleitet.

Jede Siedlung, deren Einwohnerzahl 5.000²² übersteigt, kann die Genehmigung für eigene Selbstverwaltungsstrukturen (Belediye) erhalten. Diese Kommunen haben drei Organe: die direkt gewählte Bürgermeisterin oder den direkt gewählten Bürgermeister (Belediye başkanı), den nach dem Verhältniswahlsystem und Parteilisten gewählten Rat sowie den Gemeindeausschuss. Alle Gremien haben eine feste Amtszeit von fünf Jahren. Die Größe der Gemeinderäte variiert je

nach der Bevölkerungszahl. Die Hälfte der Mitglieder des Gemeindeausschusses wird von der Bürgermeisterin oder vom Bürgermeister aus dem Kreis der Fach-Dezernentinnen und -Dezernenten ernannt, die übrigen werden aus den Ratsmitgliedern ausgewählt. Da die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister den Vorsitz im Ausschuss führt, sollte ihr oder ihm diese Regelung eine Mehrheit garantieren.

Die Aufgaben und die Befugnisse der lokalen Selbstverwaltungsstrukturen sind gemäß des Delegationsprinzips gesetzlich geregelt. Die einzelnen Verwaltungseinheiten stehen außerhalb der zentralen Regierungshierarchie. Sie sind finanziell und administrativ weitgehend autonom. Diese Autonomie wird begrenzt durch die Verwaltungsaufsicht der Zentralregierung über die Kommunalverwaltungen.

Die Tatsache, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister oppositioneller Parteien nach den letzten Kommunalwahlen im März 2019 wiederholt von der AKP-Regierung abgesetzt wurden, zeigt laut der Opposition, wie die Zentralregierung immer wieder irregulär größeren Einfluss ausübt, wenn kommunale Selbstverwaltungsorgane den politischen Zielen der Regierung entgegenstehen.²³ Als Begründung der Absetzungen wurden oft Ermittlungen wegen Terrorismusverdachts angegeben.²⁴

Empfehlung: Ganz allgemein sind die kommunalen türkischen Verwaltungen wesentlich hierarchischer organisiert als Kommunen in Deutschland, Entscheidungen werden viel häufiger von der Spitze der jeweiligen Kommunalverwaltung getroffen. Ob und wie weit Fachabteilungen oder zivilgesellschaftliche Organisationen einbezogen sind, hängt von der Situation vor Ort ab. Beim Beziehungsaufbau und der Entwicklung von Projektpartnerschaften ist es daher von entscheidender Bedeutung, die organisatorischen Strukturen und Hierarchieebenen in Erfahrung zu bringen, um ein produktives Miteinander zu entwickeln.

22 Mevzuat Bilgi Sistemi [„Gesetzgebungsinformationssystem“]: Das Gesetz zur Stadtverwaltung (Gesetz Nr. 5393), abgerufen am 04.03.2020, <https://www.mevzuat.gov.tr/MevzuatMetin/1.5.5393.pdf>

23 Spiegel Online (2020): Türkei setzt drei prokurdische Bürgermeister ab, abgerufen am 08.09.2020,

<https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-regierung-setzt-drei-prokurdische-buergermeister-ab-a-1282558.html>

24 Ebd.

Kommunale Aufgaben

Die Aufgabenteilung zwischen der zentralen Struktur, zum Beispiel im Bildungsbereich, und der Kommune ist weitgehend gesetzlich festgelegt.

Die wichtigsten Aufgaben der dezentralen kommunalen Akteurinnen und Akteure:

- Aufstellung von Stadt- und Landentwicklungsplänen und Bebauungsplänen, Bauwesen
- Aufbau und Verbesserung von Infrastruktur (zum Beispiel Verkehrswege, Bau und Supervision von Parkplätzen)
- öffentlicher Personennahverkehr
- Umweltschutz
- lokale wirtschaftliche Entwicklung
- soziale Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Sport und Kultur, soweit dafür nicht eines der Ministerien zuständig ist
- Sicherheit (zum Beispiel Feuerwehr und Straßenbeleuchtung)
- Abfallwirtschaft, Abfallsammlung und Abfallverwertung
- Wasser und Abwasser
- Anlage und Pflege von öffentlichen Plätzen, Museen, zoologischen Anlagen und Parks
- Ordnungsamt
- Friedhöfe
- Schlachthöfe
- Notfallhilfe für die lokale Bevölkerung und Armutsreduzierung

In vielen Fällen werden die Aufgaben zwischen den Ebenen der dezentralen Verwaltung aufgeteilt. In den Großstadtkommunen gilt in der Regel etwa, dass die Stadtverwaltung für die großen (Haupt-)Straßen zuständig ist und die Bezirkskommune für die kleineren Straßen. Die Großstadtverwaltung ist für die Abfallverwertung und Abfalllagerung zuständig, die Bezirkskommune für die Abfallsammlung.²⁵

Kommunale Finanzen²⁶

Die kommunalen Einnahmen werden zu etwas mehr als 50 Prozent vom Staat zugewiesen. Bei der Verteilung werden zum einen der Status der Kommune und ihre Einwohnerzahl berücksichtigt, zum anderen gibt es auch Ausgleichsmechanismen zwischen den Kommunen, die ihre Einkommenssituation berücksichtigen. Im Falle von Provinz-Sonderverwaltungen kommt es darüber hinaus vor, dass zweckgebundene Fördermittel direkt von den Ministerien der Zentralregierung an den Haushalt der Provinz-Sonderverwaltung übertragen werden.

Die eigens erwirtschafteten Einnahmen der Kommunen machen durchschnittlich etwa 49 Prozent der Gesamt-Einnahmen aus und bestehen aus kommunalen Steuern, Gebühren und Beteiligungsverpflichtungen bei kommunalen Infrastrukturmaßnahmen. Kommunen sind zudem berechtigt, Kredite aufzunehmen. Diese dürfen in der Regel einen bestimmten Prozentanteil der Einnahmen des letzten Jahres nicht überschreiten oder müssen bei größerem Kreditbedarf oder bei Kreditaufnahme im Ausland vom Ministerrat gebilligt werden.

Empfehlung: Bei der Entwicklung von Projektideen geben die politisch Verantwortlichen der türkischen Kommunalverwaltungen den Projekten aus ihrem originären Zuständigkeitsbereich in der Regel die Priorität. Je mehr die Projekte im jeweiligen Zuständigkeitsbereich der Akteurinnen und Akteure liegen, desto größer ist das Engagement und der Ressourceneinsatz. Trotz der festen Zuständigkeiten engagieren sich Kommunen nicht selten auch in Feldern, die nicht in ihrem originären Zuständigkeitsfeld liegen. Insofern können Projektpartnerschaften durchaus kreative Ideen entwickeln.

25 Engagement Global (2018): Kommunalstrukturen in der Türkei und Potenziale für kommunale Projektpartnerschaften.

26 Ebd.

Kommunen können in Absprache mit dem Bildungsministerium Schulen bauen; Lehrerinnen und Lehrer und laufende Kosten werden vom Ministerium bezahlt. Ebenfalls ist das Ministerium für den Lehrplan zuständig. Zertifizierte berufliche Ausbildung wird über vom Ministerium genehmigte und finanzierte Kurse durchgeführt; zusätzliche berufliche Fortbildungen können auch von den Kommunen eigenständig angeboten werden. Das Gesundheitsministerium finanziert Krankenhäuser und Gesundheitspersonal, die Kommune kann öffentliche Präventionskampagnen organisieren.

Kommunen können sich zusammenschließen, um ihre Dienstleistungen effektiver erbringen zu können, etwa bei der Stromversorgung und Abwasserbehandlung oder auch im Regionalmarketing. Alle Kommunen sind Mitglieder im Verband türkischer Kommunen (Türkiye Belediyeler Birliği, TBB), der den Status einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung besitzt.

Empfehlung: Die Finanzierung von Maßnahmen in den türkischen Kommunen wird je nach inhaltlicher Ausrichtung von Seiten der zentralen und/oder dezentralen Verwaltung übernommen. Von daher sollte im Rahmen von Projektpartnerschaften die Finanzierungsfrage frühzeitig geklärt werden. So kann sichergestellt werden, dass von Beginn an die passenden Stakeholder einbezogen werden.



Abendverkehr in Istanbul
© istockphoto.com/
anouchka

3.3. DIE ROLLE DER ZIVILGESELLSCHAFT IN DER TÜRKEI

34

Noch zu Beginn der 1990er-Jahre war die formelle Zivilgesellschaft in der Türkei nur marginal entwickelt. Die Bevölkerung verfügte über eingeschränkte Möglichkeiten, sich abseits der staatlichen Strukturen zu organisieren. Dies galt insbesondere für modernere Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements, wie etwa Nichtregierungsorganisationen, das Vereinswesen oder das Ehrenamt. Ausgeprägt waren und sind dagegen seit etwa den 1970er-Jahren Gewerkschaften. Abseits formeller Strukturen gab es in der Türkei jedoch schon immer zivilgesellschaftliches Engagement: Dazu zählen unter anderem Formen wie die Nachbarschaftshilfe, die insbesondere im ländlichen Raum ausgeprägt war und ist. Auch der erweiterte Familienkreis stellt ein starkes soziales Netz dar, in dem gegenseitige Unterstützung in der Regel selbstverständlich ist.

Seit den 2000er-Jahren standen formelle zivilgesellschaftliche Organisationen neuerer Form jedoch zunehmend im Mittelpunkt des Demokratisierungsprozesses der Türkei. In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich der gemeinnützige

Sektor in der Türkei vergrößert und eine bedeutende Rolle bei der Erbringung von Dienstleistungen und der Demokratisierung des Landes gespielt. Seit 2000 ist die Zahl der Mitglieder und Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen um rund 50 Prozent gestiegen. Im Juli 2021 gab es laut dem International Center For Not-For-Profit Law (ICNL) 122.162 Vereine und 5.914 Stiftungen, die neben zahlreichen informellen Organisationen wie Plattformen, Initiativen und Gruppen tätig waren. Ihre Arbeitsbereiche konzentrieren sich vor allem auf soziale Solidarität, soziale Dienste, (berufliche) Bildung, Aktivitäten in den Bereichen Sport und Religion sowie in einem geringen Maße auf verschiedene rechtebezogene Themen.²⁷ Gleichzeitig hat die sich verstärkende Globalisierung die Zivilgesellschaft der Türkei beeinflusst: Viele internationale NGOs agieren im Land, wodurch nationale Akteure in großer Zahl in internationale Strukturen eingebunden sind.²⁸

Seitdem die Türkei 1999 offiziell ein Beitrittskandidat der Europäischen Union wurde, führte sie eine Reihe von Reformen zur Förderung der



Überfüllte
Istiklal-Straße
in Taksim,
Beyoğlu, Istanbul
© istockphoto.com/
serts

27 ICNL (2021): Civic Freedom Monitor Turkey, abgerufen am 18.08.2021, <https://www.icnl.org/resources/civic-freedom-monitor/turkey>

28 Al-Rebholz, Anil (2013): Das Ringen um die Zivilgesellschaft in der Türkei. Intellektuelle Diskurse, oppositionelle Gruppen und Soziale Bewegungen seit 1980. Transcript Verlag.

Demokratie durch, darunter auch Reformen der grundlegenden Rahmengesetze für die Zivilgesellschaft. Bis 2004, als in der Türkei ein neues Vereinsgesetz verabschiedet wurde, war die Autonomie der zivilgesellschaftlichen Organisationen nach der Einschätzung des ICNL eingeschränkt. Sowohl die Zivilgesellschaft als auch die EU bewerteten das neue Gesetz positiv, führte es doch auch zur Aufhebung einiger Einschränkungen für die Zivilgesellschaft. Im Jahr 2008 hat die Türkei außerdem ein Stiftungsgesetz verabschiedet, das das rechtliche Umfeld weiter verbessert habe.²⁹

Erschwerte Bedingungen seit 2013

Seit den Gezi-Protesten 2013, bei denen die Regierung die sich formierende Protestbewegung zunehmend verfolgte, beobachtet die Europäische Kommission ein Schrumpfen des zivilgesellschaftlichen Raums.³⁰ So hat das Parlament 2015 trotz heftiger Widerstände der Opposition ein umstrittenes Sicherheitsgesetz verabschiedet: Es erweiterte die Befugnisse der Polizei, um Durchsuchungen und Abhörmaßnahmen durchzuführen, Waffen einzusetzen, Personen ohne Haftbefehl festzunehmen und Demonstrierende von Protestplätzen zu entfernen. Außerdem darf die Regierung seither Internetseiten ohne Gerichtsbeschluss für einige Zeit sperren lassen.³¹ Spätestens seit dem gescheiterten Militärputsch von 2016, in

dessen Nachgang zahlreiche Organisationen während des ausgerufenen Ausnahmezustands durch die AKP-Regierung verboten und viele ihrer Mitglieder unter dem Vorwurf der Terrorismusabwehr oder dem Schutz der Verfassung verhaftet wurden, sind die Aktivitäten nationaler und internationaler zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure in der Türkei stark zurückgegangen³². Amnesty International zufolge mussten mehr als 1.300 NGOs ihre Arbeit ganz einstellen. Amnesty International wirft der aktuellen Regierung außerdem vor, bewusst die in den 2000er-Jahren relativ aktive, junge Zivilgesellschaft zu demontieren und ein Klima der Angst zu erzeugen.³³ Gleichzeitig hat die AKP begonnen, eigene Organisationen ins Leben zu rufen und zu unterstützen, die die entstandenen Lücken füllen sollen – sogenannte GONGOs (Government-Organized Non-Governmental Organizations). Die Vereinigung Frau und Demokratie (Kadın ve Demokrasi Derneği, KADEM) und die Stiftung Jugend- und Bildungsdienst (Türkiye Gençlik ve Eğitim Hizmet Vakfı, TÜRGEV) werden der Assistenzprofessorin Dr. Çağla Diner von der Kadir Has Universität in Istanbul zufolge etwa als unabhängige Interessenverbände dargestellt, halten aber enge Verbindungen zur Regierung und stützen die Politik der AKP: So treten sie etwa für die traditionelle Mutterrolle oder ein Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen ein.³⁴

Empfehlung: Zivilgesellschaftliche Organisationen sind weniger verbreitet als in Deutschland, leisten aber des Öfteren wichtige Beiträge in der Entwicklung und Gestaltung von Partnerschaften. Die Kommunalverwaltungen haben in der Regel einen guten Überblick über die in ihrer Region aktiven zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Auswahl der richtigen Kooperationspartnerinnen und -partner ist entscheidend und sollte immer in Übereinstimmung von türkischer und deutscher Kommune getroffen werden.

29 ICNL (2021): Civic Freedom Monitor Turkey, abgerufen am 18.08.2021, <https://www.icnl.org/resources/civic-freedom-monitor/turkey>

30 European Commission (2020): Turkey 2020 Report, abgerufen am 24.08.2021, https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/turkey_report_2020.pdf

31 ZEIT Online (2015): Türkische Polizei darf schneller schießen, abgerufen am 02.01.2020, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2015-03/tuerkei-sicherheitsgesetz-polizei-internetsperren-parlament>

32 Çopur, Dr Burak (2018). Die Türkei im Jahr 2017/2018, bpb, abgerufen 24.08.2021, <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253187/die-tuerkei-im-jahr-2017-2018>

33 Amnesty International (2018): Klima der Angst – Zivilgesellschaft zum Schweigen gebracht, abgerufen am 18.12.2019, <https://www.amnesty.ch/de/laender/europa-zentralasien/tuerkei/dok/2018/zivilgesellschaft-zum-schweigen-gebracht>

34 Diner, Çağla (2018): Gender politics and GONGOs in Turkey. Turkish Politics Quarterly, Vol. 16, No. 4, abgerufen am 18.12.2019, <http://turkishpolicy.com/article/898/gender-politics-and-gongos-in-turkey>

9. September,
der Unabhängig-
keitstag von Izmir.
Menschen auf dem
überfüllten Platz
von Gündoğdu mit
türkischen Flaggen
© CasPhotography,
istockphoto.com



Im Sommer 2018 wurde der landesweite Ausnahmezustand nach dem gescheiterten Militärputsch von 2016 aufgehoben. Hoffnungen, dass dies den Schutz zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure vor Verfolgung wieder verbessern würde, haben sich dem von Human Rights Watch veröffentlichten World Report 2019 nach jedoch schnell zerschlagen.³⁵ Auch 2020 stellten die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen Aktive aus der Zivilgesellschaft weiter vor Herausforderungen: Ende des Jahres 2020 hat das türkische Parlament ein neues Gesetz verabschiedet, in dem es formal um die Finanzierung und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen geht.³⁶ Dieses von Amnesty International und Human Rights Watch stark kritisierte Gesetz sieht allerdings Änderungen in anderen Gesetzen vor, welche Stiftungen, Vereine und das Sammeln von Spenden betreffen. Es verschärft die Aufsicht über Stiftungen und Vereine und deren Aktivitäten durch die Ministerien könne zu willkürlichen Inspektionen und Schließungen von NGOs führen und die Sammlung von Spenden einschränken. Es gibt zudem dem ICNL nach noch immer keine konkrete Definition der Zivilgesellschaft oder einen übergreifenden und verbindlichen Rechtsrahmen für die Regelung der Beziehungen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen

und öffentlichen Einrichtungen.³⁷ Darüber hinaus erodiere die Meinungsfreiheit in der Türkei seit 2013 stetig durch eine restriktive und immer wieder auch parteiliche Auslegung von Gesetzen, Druck, Entlassungen und Gerichtsverfahren gegen Aktivistinnen und Aktivisten, Journalistinnen und Journalisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Personen, die Social Media nutzen. Gemeinnützige Einrichtungen könnten aufgrund ihrer politischen Zugehörigkeit, rechtsbezogener Fragen, der Nähe zu Regierung oder Opposition und persönlicher Beschwerden untersucht werden, was sie nach wie vor anfällig für willkürliche Implementierungen und Interpretationen von Gesetzen macht. Oftmals würden als Grundlage Artikel aus dem türkischen Strafgesetzbuch herangezogen, in denen Versuche zum Sturz der Regierung, zur Verschwörung gegen die Regierung und zur Abschaffung der verfassungsmäßigen Ordnung als Straftatbestand aufgeführt sind. Ebenfalls würden Untersuchungen durch Artikel aus dem türkischen Anti-Terrorismusgesetz gerechtfertigt, zum Beispiel der Vorwurf von „Terrorpropaganda“. Darüber hinaus müssten Organisationen eine Reihe von Informationen über ihre Mitglieder bereitstellen, einschließlich Identifikationsnummern, Vor- und Nachname, Beruf, Ausbildungsstand und Datum der Mitgliedschaft im Verband.³⁸

35 Human Rights Watch (2019): Türkei: Ausnahmezustand beendet, Repressionen gehen weiter, abgerufen am 24.08.2021, <https://www.hrw.org/de/news/2019/01/17/tuerkei-ausnahmezustand-beendet-repressionen-gehen-weiter>

36 Deutsche Welle (2020): Umstrittenes NGO-Gesetz in der Türkei beschlossen, abgerufen am 28.01.2021, <https://www.dw.com/de/umstrittenes-ngo-gesetz-in-der-t%C3%BCrkei-beschlossen/a-56068756>

37 ICNL (2021): Civic Freedom Monitor Turkey, abgerufen am 01.03.2021, <https://www.icnl.org/resources/civic-freedom-monitor/turkey>

38 Ebd.



Links: Türkische Demonstrierende, die am 28.05.2013 mit Polizeikräften bei den Gezi-Parkprotesten zusammenstießen, Istanbul
© istockphoto.com/EnginKorkmaz

Rechts: Demonstrantinnen und Demonstranten bei einer Demonstration am 29.10.2011 für Obdachlose und ihre Bedürfnisse am Taksim-Platz, Istanbul.
© istockphoto.com/sguler

Dennoch rufen die starken Einschränkungen der Regierung auch Widerstand aus der Zivilgesellschaft hervor: Auf dem Gebiet der Demokratieförderung gibt es etwa nach wie vor viele aktive Akteurinnen und Akteure und Organisationen.³⁹ Die Menschenrechtsstiftung der Türkei (Türkiye İnsan Hakları Vakfı, TIHV), die vom Menschenrechtsverein (İnsan Hakları Derneği, IHD) und anderen Menschenrechtlerinnen und -rechtlern gegründet wurde, führt beispielweise viele Projekte durch, wobei ihre Hauptaufgabe darin besteht, Folter und Misshandlung zu verhindern.⁴⁰ Sie organisiert regelmäßig Konferenzen der Menschenrechtsbewegung (TIHHK), die sich mit dem IHD auf viele verschiedene Aspekte der Menschenrechte konzentrieren.⁴¹ Seit 2016 wird die

Konferenz jährlich organisiert. Die Stiftung führt auch Projekte in Zusammenarbeit mit der EU durch. Nach einem zweijährigen Projekt zu den „Akademikern für den Frieden“⁴² (Barış İçin Akademisyenler) zwischen 2017 und 2019 befasst sich eines der laufenden Projekte mit bürgerlichen und politischen Grundrechten wie Rede-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.⁴³ Ein weiterer aktiver Bereich der Zivilgesellschaft ist der Einsatz für Frauenrechte, insbesondere aufgrund immer wieder zu beobachtender Gewalttaten gegen Frauen, welche große mediale Aufmerksamkeit erfahren und Protestreaktionen in der Bevölkerung hervorrufen.⁴⁴ Die Plattform KCDP ist beispielsweise die erste in der Türkei, die Frauenmorde systematisch dokumentiert.⁴⁵

39 Copur, Burak (2018): Die Türkei im Jahr 2017/2018, abgerufen am 01.09.2021,

<https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253187/die-tuerkei-im-jahr-2017-2018>

40 Human Rights Foundation of Turkey. HRFT Projects, abgerufen am 07.09.2021, <https://en.tihv.org.tr/hrft-projects/>

41 Human Rights Foundation of Turkey. İnsan Hakları Hareketi Konferansları, abgerufen am 07.09.2021,

<https://tihv.org.tr/insan-haklari-hareketi-konferanslari/>

42 Akademiker für den Frieden ist eine Gruppe von Akademikerinnen und Akademikern, die seit 2012 Frieden im Südosten der Türkei fordert. Bekannt sind sie vor allem für die Petition „Wir werden nicht Teil dieses Verbrechens sein“, die sie 2016 unterzeichnet haben. Nach der Unterzeichnung wurden Hunderte von ihnen von ihren Universitäten entlassen und daran gehindert, eine neue Arbeit zu finden, ihre Pässe wurden annulliert, sie wurden in Gewahrsam genommen, sie alle wurden individuell angeklagt und mehrere von ihnen wurden inhaftiert.

43 Human Rights Foundation of Turkey. Defending freedoms of expression, media, association and assembly for reconstruction of the human rights environment (December 2019-laufend), abgerufen am 07.09.2021,

<https://en.tihv.org.tr/hrft-projects/defending-freedoms-of-expression-media-association-and-assembly-for-reconstruction-of-the-human-rights-environment-december-2019/>

44 Aljazeera.com (2020): Protests in Turkey over brutal murder of young woman, abgerufen am 07.07.2021,

<https://www.aljazeera.com/news/2020/7/22/protests-in-turkey-over-brutal-murder-of-young-woman>

45 Anıt Savaş (Denkmal-Zähler) ist ein Online-Denkmal zum Gedenken an Frauen, die durch männliche Gewalt ihr Leben verloren haben. Es wird täglich aktualisiert. Es berichtet auch die besorgniserregende Zunahme und die belastende Anhäufung von Jahr zu Jahr. Weitere Informationen finden Sie unter <http://anitsayac.com/>

3.4. DAS MEDIENSYSTEM DER TÜRKEI

38

Bis Ende der 1980er-Jahre bestanden die türkischen Medien aus einer Handvoll Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen sowie dem öffentlich-rechtlichen Sender TRT für Fernsehen und Radio. Im Geiste der kemalistischen Bestrebungen für ein ethnisch und kulturell einheitliches Türkentum gab es keine anderssprachigen Publikationen oder Sendungen – zum Beispiel kurdische oder arabische – und auch keinen privaten Rundfunk.

Als das Land in den 1980er-Jahren eine wirtschaftsliberale Transformation durchlief, wandelte sich auch die Presselandschaft. Die meisten, insbesondere die größten Zeitungen, wurden an aufstrebende Geschäftsleute verkauft, die zuvor keine Verbindungen zum Journalismus gehabt hatten. Sie nutzten die Kommunikationskanäle nicht zuletzt zur Stärkung der Beziehungen mit der Regierung, um bei der stattfindenden Privatisierung der etablierten staatlichen Monopole lukrative Geschäfte machen zu können oder öffentliche Aufträge zu bekommen.⁴⁶

Heute gibt es in der Türkei Hunderte von Fernsehkanälen, Tausende von lokalen und nationalen Radiosendern, mehrere dutzend Zeitungen, eine produktive und profitable nationale Filmbranche und ein schnelles Wachstum der Breitband-Internet-Nutzung, einhergehend mit einer zunehmenden Nutzung von Social-Media-Plattformen und Online-Nachrichtenmedien. Das Fernsehen ist immer noch das einflussreichste Medium, das rund 18 Millionen Haushalte erreicht. Die Mehrheit der Haushalte verfügt über eine Satellitenschüssel und Zugang zu Mehrkanal-Plattformen. Der öffentliche Sender TRT und mehrere kleine und große kommerzielle Sender bieten Hunderte von Fernsehkanälen an. Allerdings gibt es eine steigende Medienkonzentration: So stellt die Organisation Reporter ohne Grenzen fest, dass die Einbettung der Massenmedien in wenige große Konzerne, die gleichzeitig auf vielfältige Weise mit der Regierung kooperieren und auf öffentliche Aufträge angewiesen sind (zum Beispiel im Bau-, Energie- und Transportwesen), die Kontrolle der Medien durch die Regierung leichter macht. Die Strukturen zur Finanzierung von Medien durch öffentliche Gelder seien zudem intransparent.⁴⁷

Risiko-Indikatoren für den Medienpluralismus



Quelle: domainfactory GmbH

⁴⁶ Tuncel, Hakan (2011): The media industry in Turkey. The International Association for Media and Communication Research (IAMCR), abgerufen am 18.12.2019, <https://iamcr.org/medindturkey-2>

⁴⁷ Reporter ohne Grenzen (2019): Media Ownership Monitor Turkey, abgerufen am 01.03.2021, <http://www.mom-rsf.org/en/countries/turkey/>

Auch der öffentlich-rechtliche Sender TRT und seine Ableger entsprechen in den letzten Jahren laut einem bei der Organisation MEMRI veröffentlichten Bericht immer weniger den Anforderungen an eine unabhängige und kritische Berichterstattung; die gesendeten Inhalte werden von der Regierung kontrolliert. Auch auf die privaten Sendeanstalten und die Zeitungen übt die AKP vielfältigen Druck aus: Vor allem nach dem Putschversuch 2016 wurden Hunderte Journalistinnen und Journalisten verhaftet, oftmals handelt es sich dabei um Autorinnen und Autoren, die der Politik der AKP-Regierung widersprechen oder diese kritisieren.⁴⁸ Aus dem Bericht des MEMRI-Geschäftsführers und des Leiters des MEMRI-Projekts für türkische Medien geht hervor, dass die Möglichkeiten für unabhängigen, kritischen Journalismus in der Türkei daher aktuell als prekär bezeichnet werden können. In der Rangliste zur Pressefreiheit der Organisation Reporter ohne Grenzen belegt die Türkei Platz 153 von 180.⁴⁹

Unabhängige und Online-Zeitungen wie Gazete Duvar, Bianet, BirGün und Diken sowie Nachrichtensender wie Medyascope versuchen unter schwierigen Bedingungen, mit dem Versprechen einer transparenten Berichterstattung, Alternativen zu den etablierten Medien darzustellen. Trotz all dieser Versuche wurden kritischer Journalismus, Transparenz und Meinungsfreiheit während der Corona-Pandemie nach Amnesty International weiter beeinträchtigt: Journalistinnen und Journalisten, Ärztinnen und Ärzte, Nutzende sozialer Medien und Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten wurden ermittelt oder inhaftiert, weil sie die unzureichende Reaktion der Regierung auf die Pandemie oder die Zensur wichtiger Informationen über die Pandemie, wie die Anzahl der positiven COVID-19-Fälle, kritisierten.⁵⁰ Die Verhaftungen erfolgten in der Regel wegen des Teilens provokativer Beiträge in sozialen Medien.⁵¹

Empfehlung: Für kommunale Partnerschaften können Medien eine wichtige Rolle spielen. Die Auswahl der Medien, die in ein Projekt eingebunden werden, kann allerdings erhebliche Auswirkungen auf die weitere Kooperationsbereitschaft von Partnerinnen und Partnern haben, denn die meisten Medien in der Türkei lassen sich politischen Parteien zuordnen. Die Auswahl von geeigneten Medien oder Kanälen in sozialen Netzwerken sollte immer in Kooperation geschehen.



Kiosk mit türkischen Zeitungen
©stock.adobe.com/Savvapanf

- 48 Stalinsky, Steven, und Smith, Adam (2019): Turkish President Erdoğan continues to crush free media in Turkey as he expands messaging efforts in Washington, D.C. through his English-language TV channel TRT World, which was recently given media award by Al-Qaeda affiliate, abgerufen am 19.12.2019, <https://www.memri.org/reports/turkish-president-erdo%C4%9Fan-continues-crush-free-media-turkey-he-expands-messaging-efforts>
- 49 Reporter ohne Grenzen (2021): Rangliste der Pressefreiheit 2021, abgerufen am 24.08.2021, https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2021/Rangliste_der_Pressefreiheit_2021_-_RSF.pdf
- 50 Amnesty International (2020): Turkey: COVID-19 pandemic increases climate of fear for journalists, abgerufen am 29.01.2021, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/05/turkey-covid19-pandemic-increases-climate-of-fear-for-journalists/>
- 51 Amnesty International (2020): COVID-19 Crackdowns: Police Abuse and the Global Pandemic, abgerufen am 29.01.2021, <https://www.amnesty.org/download/Documents/ACT3034432020ENGLISH.PDF>

Soziale Netzwerke und das Internet als mediale Alternative?

Wie in fast allen Gesellschaften weltweit hat sich außerdem auch in der Türkei die Nutzung sozialer Medien seit Beginn der 2010er-Jahre umfassend etabliert. Da Journalistinnen und Journalisten innerhalb der traditionellen Massenmedien kaum ihrer Aufgabe als unabhängige Informations- und Kontrollinstanz nachkommen können, hat sich der kritische Diskurs über die gesellschaftliche Lage auf diese Plattformen verlagert. Ein auf ZEIT Online veröffentlichter Artikel verdeutlicht, dass die Plattformen gleichzeitig der Organisation von Demonstrationen und Protestaktionen dienen und in gewissem Maße Räume für den unzensurierten Austausch vielfältiger Meinungen schaffen. Bei den Gezi-Park-Protesten 2013 können insbesondere Facebook und Twitter als organisatorisches Rückgrat gesehen werden.⁵² Andererseits werden die Plattformen wie anderswo auch ganz allgemein durch das Phänomen der sogenannten Filterblasen beziehungsweise Echokammern geplagt, die dazu führen, dass Meinungs- und Diskurs zwischen gegensätzlichen Weltbildern nicht immer effektiv stattfinden kann. Auch Falschmeldungen sind ein Problem.^{53 54} Die AKP-Regierung machte mehrfach deutlich, dass ihr die fehlende Kontrolle über die Plattformen nicht behagt. Als Gegenmaßnahme hat die türkische Regierung eine Verschärfung der Mediengesetze in Planung, was ihr noch größere Kontrollmöglichkeiten dieser Plattformen einräumen soll.^{55 56}

Laut der Organisation Freedom House hat die Freiheit des Internets in der Türkei in den letzten Jahren gelitten und Oppositionelle werden auch in sozialen Netzwerken verfolgt. Die Regierung nutzt Facebook & Co. inzwischen selbst, um über die Seiten ihrer staatlichen Medien politische Positionen zu verbreiten. Immer wieder hat die Regierung Internetdienste zeitweise sperren lassen, insbesondere nach Krisen wie dem Putschversuch 2016, und ist Freedom House zufolge auch durch die Manipulation des Diskurses in sozialen Netzwerken aufgefallen.⁵⁷ Die türkische Medienaufsicht RTÜK hat seit 2019 ihre Kontrolle auch auf Streamingdienste und Online-Medien erweitert. Sie soll Inhalte vor allem auf ihre Kompatibilität mit den konservativen Moralvorstellungen der Regierung überprüfen, unter anderem gegen die Darstellung von Homosexualität und anderen vermeintlich jugendgefährdenden Inhalten. 2020 verfügte die RTÜK etwa die Änderung des Drehbuchs einer in der Türkei spielenden Serie des US-amerikanischen Streaming-Anbieters Netflix, weil in ihr ein homosexueller Nebencharakter vorkommen sollte. Netflix stoppte daraufhin die Dreharbeiten.⁵⁸ Seit 2017 war außerdem die Online-Enzyklopädie Wikipedia in der Türkei gesperrt, weil sie angeblich Falschbehauptungen über die Türkei verbreitet haben soll. Allerdings hat das türkische Verfassungsgericht Ende 2019 geurteilt, dass diese Maßnahme rechtswidrig ist: Seit Januar 2020 ist das Portal wieder erreichbar.⁵⁹

52 Gümüşay, Kübra (2013): Soziale Netzwerke holen viele Türken auf die Straße, abgerufen am 19.12.2018, <https://www.zeit.de/digital/internet/2013-06/tuerkei-proteste-internet-twitter>

53 Turkish Politics Quarterly (TPQ) (2015): TPQ event analysis - Turkey's social media landscape. Vol. 14, No. 2, abgerufen am 18.12.2019, <http://turkishpolicy.com/article/767/tpq-event-analysis-turkeys-social-media-landscape>

54 Cameli, Tuba (2018): Raus aus den Echokammern, abgerufen am 08.03.2021, <https://gazete.taz.de/article/index.html%3Farticle=15487410.html>

55 Redaktionsnetzwerk Deutschland (2021): Verschärfung der Mediengesetze in Türkei sorgt für Kritik, abgerufen am 24.08.2021, <https://www.rnd.de/politik/tuerkei-erdogans-geplante-verschaerfung-der-mediengesetze-sorgt-fuer-kritik-BLVOHJZANF-JCHRVE3M2AJQJBY.html>

56 IFEX (2021): Turkey: One to five years in prison for spreading 'fake news' on social media?, abgerufen am 24.08.2021, <https://ifex.org/turkey-one-to-five-years-in-prison-for-spreading-fake-news-on-social-media/>

57 Freedom House (2020): Freedom on the net 2020: Turkey. Country Profile, abgerufen am 08.03.2021, <https://freedomhouse.org/country/turkey/freedom-net/2020>

58 Sanderson, Sertan (2020): Netflix streicht eine türkische Serie mit schwuler Rolle, abgerufen am 31.08.2020, <https://www.dw.com/de/netflix-streicht-eine-t%C3%BCrkische-serie-mit-schwuler-rolle/a-54312163>

59 Süddeutsche Zeitung (2020): Wikipedia in der Türkei. Das Ende der Sperre, abgerufen am 17.03.2020, <https://www.sueddeutsche.de/medien/wikipedia-tuerkei-sperre-1.4759777>

3.5. HERAUSFORDERUNGEN: FLUCHT & MIGRATION

Bis vor wenigen Jahren war die Türkei, angesichts ihrer wechselhaften Geschichte mit vielen instabilen Phasen und innergesellschaftlichen Konflikten, in erster Linie ein Auswanderungsland. Spätestens seit dem Beginn des syrischen Bürgerkriegs im Jahr 2011 hat sich die Rolle der Türkei stark verändert: Zusammen mit dem Libanon und Jordanien hat die Türkei als direkte Nachbarin Syriens den Großteil der geflohenen Menschen aufgenommen. Damit stehen diese Länder vor immensen Aufgaben. Ende Juni 2021 waren laut Angaben türkischer Behörden mehr als 3,6 Millionen syrische Geflüchtete in der Türkei registriert.⁶⁰ 1,1 Millionen davon sind Kinder im schulpflichtigen Alter, aber nur rund 650.000 besuchen bislang eine Schule, wobei die Regierung die Notwendigkeit der Beschulung programmatisch inzwischen in den Vordergrund gerückt hat.⁶¹ Die meisten Geflüchteten leben entlang der südlichen

Grenze zu Syrien in den Regionen Hatay, Gaziantep und Sanliurfa, ein weiterer großer Teil ist in der Region in und um Istanbul untergekommen. Aber nicht nur Syrerinnen und Syrer suchen Schutz: Die Türkei ist heute Anlaufstelle für Schutzsuchende aus etwa 50 Ländern und damit ein wichtiges Transit- und Zielland. Medienberichten zufolge überquerten auch immer mehr Afghaninnen und Afghanen – die zweitgrößte Gruppe an Geflüchteten in der Türkei – die Ostgrenze der Türkei auf der Flucht vor den Taliban, nachdem die Vereinigten Staaten ihren Truppenabzug aus Afghanistan beendet hatten.⁶² Viele Geflüchtete aus dem arabischen Raum und aus Afrika haben ihre Fluchtwege aufgrund der Absicherung der EU-Außengrenzen im Mittelmeerraum in Richtung Türkei verlagert und versuchen, von hier aus in die Europäische Union (EU) oder nach Übersee (USA, Kanada, Australien) zu gelangen.



UNHCR Türkei:
Syrische Geflüchtete
in der Türkei -
Aufschlüsselung
nach Regionen
(Stand: Juni 2021)

60 UNHCR (2021): UNHCR Turkey Operational Update June 2021, abgerufen am 24.08.2021,

<https://www.unhcr.org/tr/wp-content/uploads/sites/14/2021/07/UNHCR-Turkey-Operational-Update-June-2021.pdf>

61 Hermann, Rainer (2020): Flüchtlinge in der Türkei. Wer soll das bezahlen?, abgerufen am 27.01.2020,

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/fluechtlinge-in-der-tuerkei-wer-soll-das-bezahlen-16601925.html>

62 Al-Monitor (2021): Stream of Afghan asylum seekers reported in eastern Turkey, abgerufen am 24.08.2021,

<https://www.al-monitor.com/originals/2021/07/stream-afghan-asylum-seekers-reported-eastern-turkey#ixzz74U4YjYf>

Zu Beginn des Bürgerkriegs in Syrien wurden die Geflüchteten weder zentral noch umfassend registriert. Wichtige Informationen zum Beispiel hinsichtlich ihrer Schul- und Berufsbildung wurden nicht abgefragt. Die Behörden konzentrierten sich zu diesem frühen Zeitpunkt stattdessen auf die Koordinierung und Verteilung der Hilfsleistungen, zumal ihre technischen, finanziellen und personellen Ressourcen für die Registrierung so vieler Menschen begrenzt waren. Dieser Umstand erschwerte später ein effektives Prozessmanagement erheblich. Ein Teil der Geflüchteten wollte sich nicht registrieren lassen, da sie in der Registrierung kaum Vorteile sahen und befürchteten, dass die Registrierung ein Hindernis bei der weiteren Flucht nach Europa und bei der Stellung des Antrags auf Aufnahme in Drittstaaten darstellen würde.

Seit circa 2012 registriert das Innenministerium die Schutzsuchenden, während die türkische Katastrophenschutzbehörde (AFAD) für die Verwaltung der Flüchtlingslager zuständig ist. Nach ihrer Registrierung bekommen die syrischen Geflüchteten Registrierungskarten, die ihnen im Umgang mit den Behörden als Ausweis dienen und mit denen sie Leistungen beziehen können. Die Karten gewähren ein Bleiberecht und die Möglichkeit, nicht aber das Recht, Gesundheitsversorgung, Schulbildung, Reisefreiheit und andere Rechte in Anspruch zu nehmen. Geflüchtete mit besonderen Schutzbedürfnissen, zum Beispiel behinderte Menschen, werden registriert und können mit ihrer Registrierung versuchen, zusätzliche Dienstleistungen wie Physiotherapie zu erhalten.

Ein Teil der syrischen Kinder kam ohne Begleitung in die Türkei, weil etwa die Eltern während der Flucht gestorben waren. Viele von ihnen sind traumatisiert und müssen psychologisch und sozial betreut werden. Laut Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees, UNHCR) ist dies in den Flüchtlingslagern in Zusammenarbeit mit AFAD am ehesten möglich. Die medizinische Versorgung der Geflüchteten stellt der türkische Staat sicher, während die Bildungsmöglichkeiten nach wie vor beschränkt sind. Mehr als 40 Prozent der syrischen Geflüchteten sind nach Angaben des UNHCR minderjährig. Viele von ihnen haben bislang keine Schule besucht und sprechen kein Türkisch. Das birgt für den türkischen Staat und die Kommunen große Herausforderungen in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Arbeit und Integration.

Diese Entwicklungen haben auch außenpolitische Wirkungen: Im Zuge der sogenannten Europäischen Flüchtlingskrise 2015/16 schloss die EU mit der Türkei ein Abkommen, welches die irreguläre Migration in die Europäische Union verhindern sollte. Im Gegenzug hat die EU die Türkei im Rahmen einer Vereinbarung⁶³ mit bislang rund 3,2 Milliarden Euro unterstützt, 4,7 Milliarden sind vertraglich vereinbart. Insgesamt sind bis zu sechs Milliarden Euro an Hilfszahlungen zugesagt, die sich vor allem auf die Bereiche Bildung, Gesundheit und humanitäre Projekte konzentrieren. Hier ist die Türkei einer besonderen Belastung ausgesetzt. Ein weiterer Großteil der Hilfszahlungen floss in das EU-Programm „Emergency

Empfehlung: Die jahrzehntelange deutsche Erfahrung als Einwanderungsland können deutsche Kommunen sinnvoll weitergeben. Dazu zählt insbesondere technisches und organisatorisches Know-how. Für die Gesellschaft der Türkei ist das Bekenntnis zu innergesellschaftlicher Pluralität eine neue Erfahrung. Jahrzehntlang war man von staatlicher Seite bedacht, eine ethnisch-kulturell einheitliche Türkei zu propagieren, die in dieser Form jedoch nie bestand. Integration im Sinne einer Annäherung und Aushandlung zwischen einheimischer Bevölkerung und Zugewanderten ist in der Türkei ein neues Thema, das durch die Aufnahme von Millionen Geflüchteter eine bislang beispiellose Relevanz bekommen hat.

63 Europäischer Rat (2016): Erklärung EU-Türkei, abgerufen am 17.03.2020, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/03/18/eu-turkey-statement/>

Social Safety Net“ (ESSN): Im Rahmen des Programms bekommen etwa 1,7 Millionen besonders schutzbedürftige syrische Geflüchtete einen monatlichen Betrag von 120 Lira (umgerechnet circa 11,60 Euro, Stand Oktober 2021) sowie 150 Lira zusätzlich pro Quartal auf ein bereitgestelltes Bankkonto eingezahlt. Der Betrag entspricht auf Wunsch der türkischen Regierung dem der Sozialhilfe für türkische Staatsangehörige, allerdings ohne Zuschüsse zum Wohnen.^{64 65}

Während ESSN die Hilfszahlungen im Rahmen des Programms aufrechterhält, sind mit der Corona-Pandemie neue Probleme in Bezug auf Bildung und Beschäftigung entstanden. Laut einem ESSN-Bericht⁶⁶ haben 31 Prozent der geflüchteten Kinder im schulpflichtigen Alter keinen Zugang zum Online-Unterricht, obwohl sie in Schulen eingeschrieben sind. Die Hauptgründe sind entweder der fehlende Fernseher, ein fehlender Internetanschluss oder fehlende Informationen über den Online-Lehrplan. Außerdem zeigt der Bericht, dass 69 Prozent der Haushalte der Geflüchteten aufgrund der Pandemie den Verlust ihres Arbeitsplatzes meldeten.

2021 wurde seitens der EU ein weiteres Flüchtlingshilfepaket für die Türkei bis 2024 geplant.⁶⁷ Wie im März 2020 werden Geflüchtete in der Türkei teils als politisches Druckmittel eingesetzt, um Interessen gegenüber der Europäischen Union durchzusetzen.

Die Stimmung in der türkischen Bevölkerung gegenüber den Geflüchteten hat sich insbesondere in den stark von Zuwanderung betroffenen Regionen und großen Städten verschlechtert, sodass die Regierung inzwischen weitere Zuwanderung begrenzt und nach Möglichkeiten sucht, syrische Geflüchtete in das türkisch-syrische Grenzgebiet zu transportieren oder im türkisch besetzten Teil Syriens anzusiedeln. Die Verbesserung der Situation der Menschen vor Ort für Geflüchtete und Einheimische bleibt weiterhin wichtig und notwendig für Integration.

Rechtliche Situation

Im Oktober 2014 wurde eine Verordnung erlassen, die den syrischen Geflüchteten als Gruppe den Status „Ausländer mit temporärem Schutzstatus“ zuweist. Aufgrund dieser Verordnung können registrierte syrische Geflüchtete nach mehr als sechsmonatigem Aufenthalt als Saisonkräfte im landwirtschaftlichen Bereich in der Provinz arbeiten, in der sie registriert sind. Im Januar 2016 wurde eine weitere Verordnung erlassen, die den syrischen Geflüchteten den Erhalt einer Arbeitserlaubnis erleichtern soll. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber können für registrierte syrische Geflüchtete nach sechsmonatigem Aufenthalt eine Arbeitserlaubnis beantragen, wenn der Berufsabschluss zuvor vom zuständigen Ministerium anerkannt worden ist. Die Arbeitserlaubnis bleibt an die Provinz gebunden. In einem Betrieb soll der Anteil syrischer Geflüchtete nicht mehr als zehn Prozent betragen.

Empfehlung: Die Herausforderungen im Umgang mit Geflüchteten in der Türkei sind vielfältig. Deutsche Kommunen können an unterschiedlichsten Stellen Projekte mit türkischen Partnerkommunen verwirklichen. Dabei sollten die Projektpartnerschaften immer die Interessen der Kommune und ihrer Gesamtbevölkerung im Blick behalten – eine einseitige Fokussierung auf Geflüchtete sollte vermieden werden.

64 Europäische Kommission (2017): The Emergency Social Safety Net (ESSN): Offering a lifeline to vulnerable refugees in Turkey, abgerufen am 08.03.2020, https://ec.europa.eu/echo/essn_en

65 Hermann, Rainer (2020): Flüchtlinge in der Türkei. Wer soll das bezahlen?, abgerufen am 27.01.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/fluechtlinge-in-der-tuerkei-wer-soll-das-bezahlen-16601925.html>

66 IFRC, TRC (2020): Impact of COVID-19 on Refugee Populations Benefitting From the Emergency Social Safety Net (ESSN) Programme Assessment Report, abgerufen am 29.01.2021, <https://data2.unhcr.org/en/documents/download/76274>

67 EURACTIV (2021): EU-Gipfel unterstützt neues Milliardenpaket für Flüchtlinge in der Türkei, abgerufen am 02.09.2021, <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/eu-gipfel-unterstuetzt-neues-milliardenpaket-fuer-fluechtlinge-in-der-tuerkei/>

In der untenstehenden Tabelle sind die Themen der Zusammenarbeit zwischen türkischen und deutschen Kommunen sowie beispielhafte Tätigkeitsfelder in Bezug auf diese Themen zu finden. Darin wird dargelegt, in welchen spezifischen Bereichen wertvolle Beiträge geleistet und türki-

sche Kommunen unterstützt werden können. Die genannten Aktivitäten und Bereiche können als Grundlage für die Projektarbeit der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und beim Aufbau eines produktiven und nachhaltigen Miteinanders dienen.

Themen der Zusammenarbeit	Beispielhafte Tätigkeitsfelder
<p>1. Stärkung von kommunalen Infrastrukturen</p>	<p>Die hohe Zahl von syrischen Geflüchteten hat die Infrastruktur vieler türkischer Städte an ihre Kapazitätsgrenze gebracht. Betroffene Bereiche sind zum Beispiel die Abfallbewirtschaftung, die Wasserversorgung, der öffentliche Personennahverkehr und die städtische Naherholung. In der Zusammenarbeit bei der Aufstellung von Stadtentwicklungsplänen oder bei der Verbesserung des Quartiersmanagements können Partnerschaftsprojekte zwischen deutschen und türkischen Kommunen einen wertvollen Beitrag leisten.</p>
<p>2. Integration</p>	<p>Hier sind in erster Linie Austauschformate über unterschiedliche Integrationsmaßnahmen und Systeme des Integrationsmanagements zwischen den deutschen und türkischen Verwaltungen der Kommunen zu nennen. Konkrete Unterstützung kann bei der Organisation und Didaktik von Sprach- und Alphabetisierungskursen geleistet werden. Auch Integrationskurse, die die Kenntnisse der Rechtsordnung, der Kultur und Geschichte oder des Wertesystems vermitteln, sind sehr hilfreich. Die Organisation von niedrigschwelligen Angeboten für Begegnungen und Qualifizierung von Geflüchteten und türkischen Bevölkerung, insbesondere von Frauen, oder auch im Kinder- und Jugendbereich, kann einen wertvollen Beitrag zur Integration leisten. Denkbar ist auch eine Zusammenarbeit der Verwaltungen bei der Etablierung von Dialogforen oder Integrationsräten, die einen Austausch zwischen türkischer Bevölkerung und den Geflüchteten ermöglichen können. Deutsche Kommunen können ihre Erfahrungen mit partizipativen Prozessen einbringen und gemeinsam mit den türkischen Partnerinnen und Partnern entsprechende Projekte auf den Weg bringen.</p>
<p>3. Kooperationen zwischen kommunaler Verwaltung, NROs und Ehrenamtlichen</p>	<p>In der Türkei werden die Herausforderungen der Integrations- und Geflüchteten-Arbeit ebenso wie in Deutschland sowohl durch hauptamtliche Strukturen als auch durch viele NROs und Ehrenamtliche bewältigt. Bislang gibt es jedoch einen geringen Grad an Kooperation und Vernetzung zwischen den Akteurinnen und Akteuren. Hierzu können Projekte einen Austausch über Mechanismen und Strukturen der Einbindung von NROs und die kommunale Förderung und Unterstützung von Ehrenamtlichen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen anstoßen.</p>

4. GESCHICHTLICHE HINTERGRÜNDE UND IHR EINFLUSS AUF DIE POLITISCHE KULTUR DER HEUTIGEN TÜRKEI



Vom Großreich zur Republik

Die Geschichte der modernen Türkei beginnt mit dem Zerfall des Osmanischen Reichs: Es existierte 600 Jahre und erstreckte sich noch Anfang des 19. Jahrhunderts vom Balkan bis in die Ukraine und umfasste nach Süden große Teile des heutigen Libyens, Ägyptens und der arabischen Halbinsel. Regierungssitz der absoluten, später konstitutionellen Monarchie war Istanbul, das Tor zwischen Europa und dem Orient. Die Herrscher des Osmanischen Reiches – die Sultane – hatten gleichzeitig auch die religiöse Führung der sunnitisch-islamischen Welt inne: Ihr zweites Amt war das des Kalifen, des anerkannten Nachfolgers des Propheten Mohammed. So garantierte das Reich für eine lange Zeit eine relative, politische und gesellschaftliche Stabilität im Nahen Osten.

Relevanz: Das Selbstverständnis der heutigen Türkei ist beeinflusst von der osmanischen Vergangenheit. Viele Türcinnen und Türcen sehen ihr Land in der Region noch heute in einer Vorreiterrolle oder wünschen sich diese. Die Türkei konkurriert darin heute mit den Staaten der arabischen Halbinsel, die sich in der Region ebenfalls in einer Führungsrolle für den sunnitischen Islam sehen, sowie mit dem Iran, der dies für die schiitischen Musliminnen und Muslime beansprucht und sich in der Tradition des einstigen persischen Imperiums sieht.

Kriege und innere Spannungen setzten dem Osmanischen Reich im Verlauf des 19. Jahrhunderts jedoch immer stärker zu. Insbesondere das europaweit aufkommende Konzept der Nation belastete das Vielvölkerreich, denn nationale Identitäten lösten sukzessiv die Religion als bislang einendes Merkmal ab. Unabhängigkeitsbestrebungen vieler Regionen, etwa auf dem Balkan, wurden von den anderen, ebenfalls zunehmend nationalistisch geprägten europäischen Staaten unterstützt und schwächten das Reich nachhaltig.⁶⁸ Schließlich nahm das Osmanische Reich auf Seiten des Deutschen Reiches am Ersten Weltkrieg teil. Nach der Niederlage teilten die Siegermächte die verbliebenen Gebiete des Erzrivalen unter sich auf.

Relevanz: Tatsächlich sind auch heute die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei noch geprägt von der einstigen Verbindung im Ersten Weltkrieg. Die geteilte Niederlage wird in der Türkei von vielen Menschen als Teil der kulturellen Identität betrachtet und führt in der Tendenz zu einer erhöhten Sympathie gegenüber Deutschland. In den Ersten Weltkrieg fallen allerdings auch die Verfolgungen und Morde an der armenischen Bevölkerung durch osmanische Truppen, die ein sensibles Thema darstellen und bisher in der Türkei kaum aufgearbeitet wurden. Die im Juni 2016 verabschiedete Armenienresolution des deutschen Bundestags belastete die offiziellen und informellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern.⁶⁹

Gründungsmythos der Republik Türkei: Atatürk – „Vater der Türcen“

Nach dem Ersten Weltkrieg waren weiträumige Gebiete des Osmanischen Reiches, auch auf dem Gebiet der heutigen Türkei, besetzt und sollten an die Siegermächte abgetreten werden, wogegen sich überall Proteste der Bevölkerung regten.⁷⁰ Hier beginnt die Geschichte von Mustafa Kemal, dem späteren Gründervater der Türkei. Er wurde vom Sultan ausgesandt, um die Unruhen im Reich unter Kontrolle zu bringen – doch er tat das Gegenteil: Zur Bewahrung der Unabhängigkeit und Einheit des Landes wandte er sich offen gegen das Sultanat, scharte einen Großteil der verbliebenen Soldaten der osmanischen Armee um sich und startete eine umfassende Informations- und Vernetzungskampagne, die seine Vision im ganzen Land bekannt machte.⁷¹ Sein Ziel war eine kulturell einheitliche, türkisch-nationalistische Republik im Kerngebiet des einstigen Osmanischen Reiches, modernisiert nach westlichem Vorbild. Insbesondere die Trennung von Staat und Religion war ihm ein zentrales Anliegen. Das einigende Moment der Religion sollte im neuen Staat durch einen ausgeprägten Nationalismus und ein ethnisch-kulturell homogenes „Türkentum“ ersetzt werden.

68 Steinbach, Udo (2000): Geschichte der Türkei. C.H.Beck, 9ff.

69 ZEIT Online (2016): Kümmere dich um deine eigene Geschichte, abgerufen am 02.09.2021, https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-06/tuerkei-ruft-wegen-armenien-resolution-botschafter-zurueck?utm_referrer=https%3A%2F%2F

70 Steinbach, Udo (2000): Geschichte der Türkei. C.H.Beck, 21ff.

71 Rumpf, Christian (2017): Verfassungsgeschichte der Türkei, abgerufen am 18.12.2019, <http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253182/verfassungsgeschichte-der-tuerkei>

Relevanz: Der nationale Homogenitätsgedanke ist in der Türkei noch heute stark verwurzelt; insbesondere im Verhältnis zur kurdischen Bevölkerung entstand ein großes Konfliktpotenzial. Der einstige Vielvölkerstaat wollte in seinem neuen, nationalstaatlichen Modus den Minderheiten keine eigenständigen sozialen und kulturellen Rechte zugestehen. Für viele Bürgerinnen und Bürger der Türkei stellt die Nationalitätenfrage weiterhin ein sehr sensibles und emotional besetztes Thema dar, das nur vorsichtig angesprochen werden kann.⁷²

Mit der Gründung der Großen Nationalversammlung in Ankara – das spätere türkische Parlament – am 23. April 1920 wurde die Legitimität des Sultans öffentlich bestritten. Mustafa Kemal wurde zum ersten Vorsitzenden gewählt. Legitimiert durch den starken Zuspruch in der Bevölkerung und die Kontrolle über die verbliebenen militärischen Ressourcen konnte das neue Parla-

ment in fortwährenden Verhandlungen mit den Siegermächten des Ersten Weltkriegs den Vertrag von Sèvres (1920) rückgängig machen: Im Vertrag von Lausanne (1923) wurden die heute noch gültigen Grenzen der neuen Türkei schließlich von den anderen europäischen Staaten anerkannt; Sultan Mehmed VI floh ins Exil. Am 29. Oktober 1923 wurde die Republik Türkei ausgerufen.

Die kemalistischen Reformen

Die ersten Jahre der Republik waren gekennzeichnet durch tiefgreifende Reformen, aber auch den autokratischen Herrschaftsstil von Mustafa Kemal. So ließ er den islamischen durch den im Westen üblichen Gregorianischen Kalender ersetzen, führte das lateinische Alphabet ein, verbot den Koran-Unterricht an Schulen, schaffte Scharia-Gerichte ab und ersetzte das islamische Recht durch europäische Zivil- und Strafrechtsmodelle. Hatte der Nachfolger des Sultans, Abdülhamid II (1842-1918), zunächst noch das Amt des Kalifen beibehalten dürfen, wurde 1922 auch das Kalifat abgeschafft: Damit verlor die sunnitisch-islamische Bevölkerung des ehemaligen Reichs ihre religiöse Führungsfigur.



Relevanz: Seit dem 16. Jahrhundert übernahmen die osmanischen Sultane die Rolle des Kalifen für die sunnitischen Musliminnen und Muslime.⁷³ Die Abschaffung des Kalifats ist ein historisch sehr wichtiges Ereignis, weil es weitreichenden Einfluss auf große Teile des sunnitisch-islamischen Nahen und Mittleren Osten hatte.⁷⁴ Diese Musliminnen und Muslime verfügten seither über keine zentrale religiöse Führungsfigur mehr, was das Konfliktpotenzial in der Region erhöht hat.⁷⁵

© TessLuca,
Pixabay

72 Arslan, Emre (2017): Nationalismus und Autoritarismus auf Türkisch, abgerufen am 02.09.2021,

<https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260337/nationalismus-und-autoritarismus-auf-tuerkisch>

73 BBC (2014): What's the appeal of a caliphate?, abgerufen am 07.09.2021, <https://www.bbc.com/news/magazine-29761018>

74 The Economist (1924): From the archive: The abolition of the Caliphate, abgerufen am 07.09.2021,

<https://www.economist.com/europe/1924/03/08/the-abolition-of-the-caliphate>

75 BBC (2014): What's the appeal of a caliphate?, abgerufen am 07.09.2021,

<https://www.bbc.com/news/magazine-2976101876>

1934 wurde auch das Namensrecht an das des Westens angeglichen: Alle Türcinnen und Türcen mussten fortan einen Nachnamen tragen. Im Zuge dessen verlieh die Nationalversammlung Mustafa Kemal feierlich den Nachnamen Atatürk – „Vater der Türcen“. Nach seinem Tod 1938 übernahm sein Vertrauter Ismet İnönü (1884 bis 1973) das Präsidentenamt. In den folgenden Jahren blieb es zwar bei der Alleinherrschaft von Atatürks Partei, der Cumhuriyet Halk Partisi (CHP, deutsch „Republikanische Volkspartei“), – allerdings wurden die anti-religiösen Reformen mit der Zeit wieder etwas abgeschwächt.⁷⁶

Demokratie mit Unterbrechungen

Ab 1950 etablierte sich langsam ein Mehrparteiensystem, das sich jedoch immer wieder mit teils schweren Rückschlägen konfrontiert sah: 1960 putschte das kemalistisch dominierte Militär gegen die pro-islamische und zunehmend autoritär regierende Demokratische Partei (DP) unter Adnan Menderes. Er wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet. Weitere gesellschaftliche Konfliktlinien bildeten sich im Verlauf zwischen nationalistischen und sozialistischen Strömungen sowie den unterschiedlichen Ethnien: Insbesondere in den 1970er-Jahren kamen durch Terrorakte und bei Straßenkämpfen tausende Menschen ums Leben. 1971 und 1980 kam es ebenfalls zu Putschen durch das Militär, wobei dessen Handlungen 1980 einen Tiefpunkt der türkischen Geschichte darstellen: Hunderttausende Menschen unterschiedlicher politischer Gruppierungen wurden verhaftet, bestehende Parteien wurden verboten. Hunderte Menschen wurden gefoltert und mehrere dutzend Todesurteile vollstreckt – zwei Jahre lang regierte das Militär. Nach der Rückgabe der Kontrolle an das Parlament 1982 erlebte die Türkei eine Phase der wirtschaftlichen

und gesellschaftlichen Liberalisierung und einen zunehmenden Dialog zwischen den verschiedenen in Konflikt stehenden Gruppierungen.⁷⁷ 1984 brach jedoch der Kurdenkonflikt in ungekanntem Ausmaß über die Türkei herein, als die kurdische Arbeiterpartei PKK ihren Kampf für ein unabhängiges Kurdistan aufnahm: Im Bürgerkrieg zwischen Anhängern der PKK und dem türkischen Militär kamen bis Ende der 1990er-Jahre rund 30.000 Menschen ums Leben. Vor allem der ländliche, infrastrukturell schwächere östliche Teil Anatoliens war betroffen. In vielen ländlichen Regionen und Dörfern schwelte der Konflikt.⁷⁸

In der politischen Landschaft zeichnete sich eine zunehmend steigende Popularität für Verfechter des politischen Islams ab: 1995 zog die islamistische Refah Partisi (RP, deutsch „Wohlfahrtspartei“) als stärkste Kraft ins Parlament ein, musste später auf Druck des Militärs die Macht aber wieder abgeben.⁷⁹

Relevanz: In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war das politische System der Türkei relativ instabil, wodurch das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Parteien und die Demokratie nicht stark ausgeprägt war. Der Staatsgründer Atatürk erklärte das türkische Militär selbst zum „Hüter der laizistischen Verfassung der Türkei“. Dies verdeutlicht, weswegen es mehrfach gegen demokratisch gewählte Regierungen einschritt, wenn das Militär die öffentliche Ordnung oder gar die Verfassung des Landes in Gefahr sah. Bis in die jüngste Zeit galt sie bei vielen türkischen Bürgerinnen und Bürgern zudem als die vertrauenswürdigste und effizienteste der staatlichen Institutionen.⁸⁰

76 Steinbach, Udo (2000): Geschichte der Türkei. C.H.Beck, 30ff.

77 Öktem, Kerem (2011): Angry Nation. Turkey since 1989. ZED Books.

78 Council on Foreign Relations (CFR) (2019): Conflict Between Turkey and Armed Kurdish Groups. Global Conflict Tracker, abgerufen am 18.12.2019, <https://www.cfr.org/interactive/global-conflict-tracker/conflict/conflict-between-turkey-and-armed-kurdish-groups>

79 Steinbach, Udo (2000): Geschichte der Türkei. C.H.Beck, 41ff.

80 Günay, Cengiz (2018): „Hüter der Verfassung“? - Harte und „weiche“ Militärputsche in der Geschichte der Türkei, abgerufen am 02.09.2021, <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253184/militaerputsche-in-der-geschichte-der-tuerkei>

2000er-Jahre bis heute: Die Türkei unter Erdoğan

Nach einigen Regierungswechseln zogen am 3. November 2002 die pro-islamische AKP (34,3 Prozent) unter ihrem Vorsitzenden Recep Tayyip Erdoğan (*1954) und die CHP (19,4 Prozent) ins Parlament ein. Mit ihrer komfortablen Mehrheit konnte die AKP allein regieren.

Die AKP setzte die von ihren Vorgängern begonnenen Reformen im Zivilrecht fort, welche die Menschen- und Freiheitsrechte stärkten, unter anderem das Versammlungs- und Demonstrationsrecht. Auch die Todesstrafe wurde abgeschafft, Folter verboten und die kulturellen Freiheiten der kurdischen Minderheit gestärkt. Der Gebrauch der kurdischen Sprache, Kurdisch-Unterricht und kurdische Radio- und Fernsehkanäle wurden erlaubt. Dieser Versuch der Rehabilitierung zuvor diskriminierter Gruppen bezog sich aber nicht nur auf die Kurdinnen und Kurden, auch andere Minderheiten sollten besser integriert werden: Der staatliche Sender TRT 3 etwa strahlte ab 2004 Sendungen in Arabisch, Bosnisch, Kurmandschi und Zazaisch aus. Die Reformen zielten auf die Verbesserung der Menschenrechtslage und der Rechtslage von nichtmuslimischen Minderheiten in der Türkei.⁸¹ Gleichzeitig zog der Aufschwung der türkischen Wirtschaft ausländische Investoren an. Erdoğan war jahrelang ein Hoffnungsträger des Westens. Durch einen wirtschaftlichen Boom nach der Krise 2001 wurde das politische Gewicht des Landes gemehrt und dieser sorgte für wachsenden Wohlstand. Zudem ist Erdoğan der erste türkische Regierungschef, der zeitweise einer Lösung des Konflikts mit der kurdischen Bevölkerung nahe kam.⁸² Die Türkei stellte außerdem während seiner ersten Amtszeit einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU, was 2005 zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen führte, die bis heute andauern.⁸³

Relevanz: Im Laufe der 2000er-Jahre führte die AKP-Regierung in mehreren Wellen Kommunalreformen durch, die zum ersten Mal die lokale Selbstverwaltung der kommunalen Akteure nachhaltig stärkten und die das heutige System zum größten Teil bestimmen. Die AKP-Regierung war die erste seit langem, die diesen länger in der Debatte befindlichen Kraftakt mit ihrer komfortablen Mehrheit umsetzen konnte. Damit ist kommunale Selbstbestimmung in ihrer heutigen Form (siehe Kap. 3.2) ein historisch relativ neues Phänomen in der Türkei.

Konflikte zwischen AKP-Regierung und dem Militär

Ab 2007 trat zunehmend ein Konflikt zwischen der AKP und den kemalistischen Eliten im Militär zutage, was insbesondere in der Tatsache begründet war, dass das Militär das Kopftuch der Ehefrau von Erdoğan's Außenminister und Präsidentschaftskandidaten Abdullah Gül als Zeichen für islamistischen Revisionismus bewertete.⁸⁴ Entgegen dem Bestreben der säkularen Kräfte des Landes ernannte Erdoğan Abdullah Gül zum Präsidenten und führte im gleichen Jahr ein erfolgreiches Verfassungsreferendum durch: Künftig konnte der Staatspräsident direkt von der Bevölkerung gewählt werden, was die Möglichkeit der Einflussnahme des Militärs in dieser Frage unterband. In den sogenannten Ergenekon-Prozessen ab 2007, die sich gegen einen gleichnamigen, von der AKP postulierten kemalistischen Geheimbund richteten (der sogenannte „Tiefe Staat“), spitzte sich der Konflikt zu.⁸⁵ Im Verlauf des mehrjährigen Prozesses nahm das Ansehen des Militärs in der Bevölkerung ab, obwohl in den Ermittlungen wenig Belastendes gefunden werden konnte. Die Kemalistinnen und Kemalisten versuchten derweil,

81 Kramer, Heinz (2004): Die Türkei im Prozess der „Europäisierung“, abgerufen am 02.09.2021, <https://www.bpb.de/apuz/28162/die-tuerkei-im-prozess-der-europaeisierung?p=all>

82 Akyol, Çiğdem (2017): Der Aufstieg des Recep Tayyip Erdoğan, abgerufen am 02.09.2021, <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253186/der-aufstieg-des-recep-tayyip-erdoan>

83 Auswärtiges Amt (2019): EU-Erweiterung: Türkei, abgerufen am 01.03.2021, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/erweiterung-nachbarschaft/eu-tuerkei/202106>

84 Günay, Cengiz (2018): „Hüter der Verfassung“? - Harte und „weiche“ Militärputsche in der Geschichte der Türkei, abgerufen am 02.09.2021, <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253184/militaerputsche-in-der-geschichte-der-tuerkei>

85 Seibert, Thomas (2013): Urteil gegen den Staat im Staat, abgerufen am 02.09.2021, <https://www.tagesspiegel.de/politik/ergenekon-prozess-in-der-tuerkei-urteil-gegen-den-staat-im-staat/8593942.html>

die AKP wegen ihrer angeblichen Unvereinbarkeit mit der türkischen Verfassung verbieten zu lassen: Nur knapp (mit sechs zu fünf Stimmen für ein Verbot, erforderlich wären sieben gewesen) scheiterte 2008 ein von der Staatsanwaltschaft angestoßenes Verfahren gegen die AKP vor dem türkischen Verfassungsgericht. In einer weiteren Verfassungsreform 2010 stärkte die AKP Zivilgerichte gegenüber Militärgerichten und erschwerte Parteienverbotsverfahren, die statt vom Generalstaatsanwalt seither nur noch durch eine Kommission des Parlaments eingeleitet werden dürfen.⁸⁶

Zunehmend autokratische Züge der Regierung Erdoğan

Das Jahr 2013 wird als Wendepunkt in der Erfolgsgeschichte der Politik Erdoğan und der AKP bezeichnet⁸⁷: Die Gezi-Park-Proteste in Istanbul, die sich zunächst gegen geplante Baumfällungen richteten, schlugen schnell in generelle Kritik an der Regierung und ihrem zunehmend autoritären Stil um.⁸⁸ Zur Formierung der Protestbewegung hatten unter anderem die sozialen Netzwerke beigetragen, die in den jungen Generationen eine immer stärkere Verbreitung gefunden hatten.⁸⁹ Als sich die Proteste auch auf andere Städte ausweiteten, griff die Regierung hart durch: Mit enormer Polizeipräsenz und teils unter Anwendung körperlicher Gewalt wurden die Proteste aufgelöst, sechs Demonstrantinnen und Demonstranten kamen durch direkte Polizeigewalt ums Leben, weitere drei starben durch Vergiftungserscheinungen ausgelöst durch das Einatmen von Tränengas.⁹⁰

Gescheiterter Militärputsch 2016 und die Gülen-Bewegung

Die Festigung der Macht der AKP im türkischen Staatsapparat und in Teilen des Militärs erreichte Erdoğan durch eine enge Kooperation mit der sogenannten Gülen-Bewegung.⁹¹ Sie geht auf Erdoğan's einstigen Weggefährten Fethullah Gülen zurück und ist eine transnationale religiöse und soziale Bewegung. Sie verfolgt insbesondere das Ziel, durch die Förderung der Bildung ihr Weltbild zu verbreiten. Ende 2013 kam es jedoch zum Bruch zwischen Erdoğan und Gülen, als ein Korruptionsskandal hochrangiger Regierungsmitglieder der AKP an die Öffentlichkeit gelangte. Erdoğan sprach von einer Schmutzkampagne gegen seine Partei und bezichtigte die Gülen-Bewegung, verantwortlich zu sein.⁹² Die Regierung nutzte die Korruptionsaffäre zur Konsolidierung ihrer Macht und enthob als Reaktion zahlreiche hohe Polizeibeamte, darunter den Polizeichef von Istanbul, ihres Amtes und versetzte über 400 weitere.⁹³

Bei der Parlamentswahl 2015 gewann die AKP erneut, erstmals zog aber auch die eher linke, pro-kurdische Halkların Demokratik Partisi (HDP, deutsch „Demokratische Partei der Völker“) ins Parlament ein. Seither ist sie mit Ergebnissen knapp über 10 Prozent als Opposition vertreten und kämpft unter anderem für die weitere politische Beteiligung der kurdischen und anderer Minderheiten. Kommunal spielt sie in kurdisch-dominierten süd- und südostanatolischen Regionen eine große Rolle.⁹⁴ Rechtspopulistische und in Teilen rechtsradikale Parteien wie die Milliyetçi Hareket Partisi (MHP, deutsch „Partei der Natio-

86 Friedrich-Ebert-Stiftung (2010): Die Verfassungsreform 2010, abgerufen am 19.12.2018, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/tuerkei/07351-20100721.pdf>

87 Akcay, Ümit (2019): Aufstieg und Fall des Wirtschaftsmodells der AKP, abgerufen am 02.09.2021, <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/295238/wirtschaftsmodell-der-akp>

88 Aydin, Yasar (2013): Protest und Opposition in der Türkei – Das Ende einer Erfolgsgeschichte?, abgerufen am 02.09.2021, <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/163433/protest-und-opposition-in-der-tuerkei>

89 Ebd.

90 International Federation for Human Rights (2014): Turkey: Gezi, one year on – Witch hunt, impunity of law enforcement officials and a shrinking space for rights and freedoms, aufgerufen am 02.09.2021, https://www.fidh.org/IMG/pdf/turkey_avril_2014_uk_web.pdf

91 Seufert, Günter (2021): „Es war das erste Mal, dass ein Putsch in der Türkei am Widerstand der Bevölkerung gescheitert ist“, abgerufen am 01.09.2021, <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/336598/es-war-das-erste-mal-dass-ein-putsch-in-der-tuerkei-am-widerstand-der-bevoelkerung-gescheitert-ist>

92 Dohrn, Kristina (2017): Die Gülen-Bewegung. Entstehung und Entwicklung eines muslimischen Netzwerks, abgerufen am 19.12.2019, <http://www.bpb.de/apuz/243031/die-guelen-bewegung-entstehung-und-entwicklung-eines-muslimischen-netzwerks>

93 Spiegel Online (2014): Korruption in der Türkei. Erdogan lässt dutzende Polizisten festnehmen, abgerufen am 12.02.2020

<https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-erdogan-laesst-dutzende-polizisten-wegen-korruption-festnehmen-a-982292.html>

94 Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) (2019): Parteien der Türkei, abgerufen am 01.09.2021, <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/188973/hdp>



nalistischen Bewegung“) oder İyi Parti (deutsch „Gute Partei“) konnten ebenfalls wiederholt kommunale und nationale Wahlerfolge erzielen.⁹⁵

Am 15. Juli 2016 führten Teile des Militärs einen Putschversuch gegen die AKP-Regierung durch, der jedoch innerhalb weniger Stunden niedergeschlagen werden konnte. Nicht zuletzt die Zivilbevölkerung trug zum Scheitern bei, da große Menschenmassen sich den Militärs in den Weg stellten, die auch über einige Kampfflugzeuge, Hubschrauber, Panzer und gepanzerte Fahrzeuge verfügten.⁹⁶ Durch die Kampfhandlungen kamen 249 Menschen ums Leben. Die Regierung machte die Gülen-Bewegung als Drahtzieher verantwortlich.⁹⁷ In den Tagen danach wurden rund 130.000 Staatsbedienstete entlassen oder freigestellt. Darüber hinaus wurden über 50.000 Personen festgenommen, 370 türkische NGOs, rund 150 Medien und einige Krankenhäuser und Gewerkschaften geschlossen sowie über 100 Journalistinnen und Journalisten verhaftet. Die Verfolgung und Verhaftung AKP-kritischer und unabhängiger Journalistinnen und Journalisten wurde der Bundeszentrale für politische Bildung zufolge erheblich verstärkt⁹⁸: Ausländische Journalistinnen und

Journalisten wurden mit dem Vorwurf, Terrorismus zu fördern, unter Druck gesetzt, einige sogar verhaftet, wie der deutsche Journalist Deniz Yücel. Auch ausländische Mitglieder kritischer NGOs, beispielsweise Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten wie der deutsche Peter Steudtner, sahen sich mit Verfolgung und Verhaftung konfrontiert, was zu diplomatischen Spannungen mit ihren Herkunftsstaaten führte.⁹⁹ Insgesamt nutzte die AKP die Stimmung gegen das Militär äußerst effektiv für umfassende Strukturreformen, die zur weitgehenden Entmachtung der Streitkräfte führten.¹⁰⁰

Relevanz: Das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition ist stark polarisiert. Bei der Zusammenarbeit mit Partnerkommunen sollte deshalb immer darauf geachtet werden, nicht zwischen politische Konfliktlinien zu geraten. Die kommunalen Handlungsspielräume sind abhängig von der Beziehung der Kommune zur Zentralregierung – auf politischer und persönlicher Ebene.

95 Ebd.

96 Seufert, Günter (2021): „Es war das erste Mal, dass ein Putsch in der Türkei am Widerstand der Bevölkerung gescheitert ist“, abgerufen am 01.09.2021, <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/336598/es-war-das-erste-mal-dass-ein-putsch-in-der-tuerkei-am-widerstand-der-bevoelkerung-gescheitert-ist>

97 Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) (2021): Putschversuch in der Türkei, abgerufen am 01.09.2021, <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/336526/vor-5-jahren-putschversuch-in-der-tuerkei>

98 Ebd.

99 Gottschlich, Jürgen (2020): Urteil gegen Deniz Yücel in der Türkei: Gefängnis für die Meinungsfreiheit, abgerufen am 01.09.2021, <https://taz.de/Urteil-gegen-Deniz-Yuecel-in-der-Tuerkei/!5695102/>

100 Gottschlich, Jürgen (2016): Das Militär, die AKP und der gescheiterte Putsch, abgerufen am 01.09.2021, <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/233343/putschversuch-im-juli-2016>

Im April 2017 fand unter Führung der AKP schließlich die bis heute weitreichendste Verfassungsreform statt. Der darin enthaltene Umbau der Türkei in ein Präsidialsystem erhebt das Amt des Staatspräsidenten zur zentralen Machtposition: Die Verfassungsreform räumt dem Präsidenten weitreichende Befugnisse gegenüber dem Parlament und der Justiz ein, während Kontrollmechanismen abgebaut wurden¹⁰¹. Mit einer nur knappen Mehrheit von 51,4 Prozent stimmte die türkische Bevölkerung für die Reform.¹⁰²

Ausblick: Gewinnt die Opposition an Einfluss?

Die Macht der AKP hat trotz der vielfältigen Maßnahmen zu ihrer Sicherung gelitten, auch, weil inzwischen das stabile wirtschaftliche Wachstum der vergangenen Jahre stark zurückgegangen ist.¹⁰³ Bei den Kommunalwahlen 2019 konnte die CHP der AKP wichtige Regionen abnehmen, unter anderem das Amt der Bürgermeister in Ankara und Istanbul.¹⁰⁴ Allerdings verstärkt die Regierung die Repression in den kurdischen Kommunen¹⁰⁵. Einige Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der HDP, die bei den Kommunalwahlen 2019 gewählt worden waren, hat die AKP-Regierung im Nachgang verhaften lassen und setzte eigenes Personal an ihre Stelle.¹⁰⁶ Gleichzeitig hat der autoritäre Stil Erdogans viele Mitglieder der AKP verstimmt:



Eminönü-Viertel,
Eminönü-Platz
©istockphoto.com/
epicimages

101 Rumpf, Christian (2017): Das „neue“ politische System der Türkei, abgerufen am 18.12.2019,

<http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253181/das-neue-politische-system-der-tuerkei>

102 NTV (2017): Referendum 2017, abgerufen am 02.01.2020, <http://referandum.ntv.com.tr/>

103 GTAI (2020): Wirtschaftsdaten kompakt: Türkei, abgerufen am 01.03.2021, <https://www.gtai.de/resource/blob/15970/553023/ab553ef6c3106f84b09086b2/mkt201611222099-159220-wirtschaftsdaten-kompakt-tuerkei-data.pdf>

104 Aydin, Yasar (2019): Kommunalwahlen 2019, abgerufen am 18.12.2019,

<http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/289481/kommunalwahlen-2019>

105 Güsten, Susanne (2019): Erdogan verstärkt Repression auch gegen Kurden in der Türkei, abgerufen am 01.09.2021,

<https://www.tagesspiegel.de/politik/kommunen-unter-zwangsverwaltung-erdogan-verstaerkt-repression-auch-gegen-kurden-in-der-tuerkei/25146610.html>

106 ZEIT Online (2019): Recep Tayyip Erdoğan setzt drei prokurdische Bürgermeister ab, abgerufen am 09.03.2020,

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-08/tuerkei-buergermeister-hdp-amtsenthebung-kurden-opposition>

Die Parteiaustritte des ehemaligen Ministerpräsidenten und Erdoğan-Vertrauten Ahmet Davutoğlu (*1959) und des ehemaligen Wirtschafts- und Außenministers Ali Babacan (*1967) sind beispielsweise auf diese Gründe zurückzuführen.¹⁰⁷ Davutoğlu gründete im Dezember 2019 eine eigene Partei, die Gelecek Partisi, deutsch „Zukunftspartei“, die sich programmatisch für eine Abkehr vom Populismus und für Meinungsvielfalt aufgestellt hat und im konservativeren Spektrum eine Alternative zur AKP darstellen möchte.¹⁰⁸ Ali Babacans Partei heißt DEVA, das türkische Wort für Heilung: Sie positioniert sich für die Stärkung der Gewaltenteilung, die Demokratie und die Freiheit des Einzelnen.¹⁰⁹ Wie die künftigen Machtverhältnisse in der Türkei aussehen, ist schwer abzusehen. Allerdings scheinen Journalistinnen und Journalisten zufolge die AKP-Regierung und Präsident Erdogan im Vergleich zu früheren Jahren an politischem Einfluss und Macht zu verlieren.^{110 111}

In Europa wird das türkische außenpolitische Vorgehen als zunehmend aggressiv wahrgenommen.¹¹² In jüngster Zeit hat vor allem der Einmarsch türkischer Truppen in Nord-Syrien seit Herbst 2019,

wo das türkische Militär gegen die Truppen des syrischen Machthabers Assad vorgeht¹¹³, sowie die Entsendung von Truppen in das ebenfalls von einem Bürgerkrieg geplagte Libyen im Januar 2020 die Beziehungen zu westlichen Verbündeten belastet, insbesondere mit Blick auf das NATO-Bündnis und die seit längerem stockenden EU-Beitrittsverhandlungen.¹¹⁴ Die zeitweilige Öffnung der türkischen Grenze nach Griechenland und Bulgarien für Geflüchtete im März 2020 hat zudem eine diplomatische Krise zwischen der EU und der Türkei ausgelöst.¹¹⁵ Die türkische Beteiligung am militärischen Konflikt an der Seite Aserbaidschans um Bergkarabach im Jahr 2020 zeigte erneut die türkischen Ambitionen, sich als führende Regionalmacht darzustellen, ohne die die Konflikte in der Region nicht zu lösen sind.¹¹⁶ Zusätzlich tritt die Türkei teils aggressiv in der Frage um Schürfrechte im östlichen Mittelmeer auf.¹¹⁷ Dort werden große Gasvorkommen vermutet, deren Verteilung an die Anrainerstaaten Konfliktpotenzial birgt. Die Europäische Union äußerte sich sowohl zu dem türkischen Engagement in Bergkarabach als auch zum Verhalten im östlichen Mittelmeer kritisch.

-
- 107 Hermann, Rainer (2019): Rebellion gegen Erdogan, abgerufen am 01.09.2021, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/rebellion-gegen-erdogan-politiker-treten-aus-akp-aus-16385936.html>
- 108 ZEIT Online (2019): Konkurrenz für Erdogan: Davutoglu stellt neue Partei vor, abgerufen am 18.12.2019, <https://www.zeit.de/news/2019-12/13/konkurrenz-fuer-erdogan-davutoglu-stellt-neue-partei-vor>
- 109 Gottschlich, Jürgen (2020): Neue Partei von Ali Babacan: Alternative für die Türkei, abgerufen am 17.05.2021, <https://taz.de/Neue-Partei-von-Ali-Babacan/!5671278/>
- 110 Bellut, Daniel (2020): Opinion: The sultan's power is dwindling, abgerufen am 01.09.2021, <https://www.dw.com/en/opinion-the-sultans-power-is-dwindling/a-51894024>
- 111 Güven, Banu (2021): Opinion: Turkey's Erdogan has reached the event horizon, abgerufen am 01.09.2021, <https://www.dw.com/en/opinion-turkeys-erdogan-has-reached-the-event-horizon/a-58269790>
- 112 Walpot, Luc (2020): EU-Sondergipfel - Ankaras aggressive Außenpolitik, abgerufen am 02.09.2021, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/eu-sondergipfel-tuerkei-erdogan-100.html>
- 113 Thomas Seibert (2019): Erdogans hausgemachte Probleme, abgerufen am 02.01.2020, https://www.deutschlandfunk.de/tuerkei-nach-einmarsch-in-nordsyrien-erdogans-hausgemachte.724.de.html?dram:article_id=465789
- 114 Süddeutsche Zeitung (2020): Türkei entsendet erste Truppen nach Libyen, abgerufen am 06.01.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/tuerkei-erdogan-libyen-1.4745550>
- 115 Engel, Gudrun (2020): Wer hat den Flüchtlingsdeal gebrochen, abgerufen am 17.03.2020, <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/eu-tuerkei-fluechtlingsabkommen-109.html>
- 116 Wesel, Barbara (2020): EU machtlos in Berg-Karabach, abgerufen am 02.09.2021, <https://www.dw.com/de/eu-machtlos-in-berg-karabach/a-55193748>
- 117 Bormann, Thomas (2020): Östliches Mittelmeer – Ankara provoziert Athen schäumt, abgerufen am 02.09.2021, <https://www.tagesschau.de/ausland/griechenland-gas-101.html>

ANHANG

INFORMATIONEN FÜR DEN AUFENTHALT

54

Deutsche, die sich im Ausland aufhalten, können sich in die Krisenvorsorgeliste (ELEFAND) der zuständigen Vertretung eintragen lassen. Dies ist über ein passwortgeschütztes Online-Verfahren möglich. Bei der Eintragung in diese Deutschenliste handelt es sich um eine freiwillige Maßnahme. Das Auswärtige Amt rät, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, damit die Auslandsvertretungen vor Ort – falls erforderlich – in Krisen- und sonstigen Ausnahmesituationen mit den Deutschen in ihrem Amtsbezirk schnell Verbindung aufnehmen können. Sicherheitsrelevante Informationen zur jeweils aktuellen Lage in der Türkei können auf der Internetseite des Auswärtigen Amtes abgerufen werden.

Link zur ELEFAND-Liste:

<https://krisenvorsorgeliste.diplo.de/signin>

Link zum Auswärtigen Amt:

<https://www.auswaertiges-amt.de/de>

Wichtige Kontakte in der Türkei:

Deutsche Botschaft Ankara

+90 0312 455 51 00

<https://tuerkei.diplo.de/tr-de/vertretungen/botschaft>

Deutsches Generalkonsulat Istanbul

+90 212 334 61 00

<https://tuerkei.diplo.de/tr-de/vertretungen/generalkonsulat2>

Deutsches Generalkonsulat Izmir

+900232 488 88 88

<https://tuerkei.diplo.de/tr-de/vertretungen/generalkonsulat-izmir>

Notrufnummern:

110 (Notruf / Feuerwehr)

112 (Medizinischer Notfall)

155 (Polizei)

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AFAD	Afet ve Acil Durum Yönetimi Başkanlığı (Die türkische Katastrophenschutzbehörde)
AKIG	Arbeitskreis Islamischer Gemeinden Mannheim
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CHP	Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei)
COVID-19	Coronavirus disease 2019
DEVA	Demokrasi ve Atılım Partisi (Partei für Demokratie und Fortschritt)
DP	Demokrat Parti (Demokratische Partei)
ELEFAND	Elektronische Erfassung von Deutschen im Ausland
ESSN	Emergency Social Safety Net
EG	Engagement Global
EU	Europäische Union
G20	Group of Twenty
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GONGO	Government-organized non-governmental organization
HDP	Halkların Demokratik Partisi (Demokratische Partei der Völker)
IHD	İnsan Hakları Derneği (Der Menschenrechtsverein)
IKKN	Initiative Kommunales Know-how für Nahost
IWF	Der Internationale Währungsfonds
KADEM	Kadın ve Demokrasi Derneği (Die Vereinigung Frau und Demokratie)
KCDP	Kadın Cinayetlerini Durduracağız Platform (Die Plattform „Wir werden Frauenmorde stoppen“)
MHP	Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der Nationalistischen Bewegung)
NATO	The North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non-governmental organization
NRO	Nichtregierungsorganisation
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PKK	Partiya Karkerên Kurdistanê (Arbeiterpartei Kurdistans)
RP	Refah Partisi (Wohlfahrtspartei)
RTÜK	Radyo ve Televizyon Üst Kurulu (Oberster Rundfunk- und Fernsehrat)
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
SRHC	Support to Refugees and Host Communities
SSP	Schnellstarterpaket
TBB	Türkiye Belediyeler Birliği (Verband türkischer Kommunen)
TIHHK	Türkiye İnsan Hakları Hareketi Konferansı (Konferenz der Menschenrechtsbewegung der Türkei)
TIHV	Türkiye İnsan Hakları Vakfı (Die Menschenrechtsstiftung der Türkei)
TRT	Türkiye Radyo ve Televizyon Kurumu (Türkische Radio- und Fernsehanstalt)
TÜRGEV	Türkiye Gençlik ve Eğitime Hizmet Vakfı (Die Stiftung Jugend- und Bildungsdienst)
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
US	United States
USA	United States of America

LITERATURVERZEICHNIS

- Akyol, Çiğdem (2017): Der Aufstieg des Recep Tayyip Erdoğan, abgerufen am 02.09.2021,
<https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253186/der-aufstieg-des-recep-tayyip-erdoan>
- Al-Monitor (2021): Stream of Afghan asylum seekers reported in eastern Turkey, abgerufen am 24.08.2021,
<https://www.al-monitor.com/originals/2021/07/stream-afghan-asylum-seekers-reported-eastern-turkey#ixzz74U4YjYlf>
- Al-Rebholz, Anil (2013): Das Ringen um die Zivilgesellschaft in der Türkei. Intellektuelle Diskurse, oppositionelle Gruppen und Soziale Bewegungen seit 1980. Transcript Verlag.
- Aljazeera.com (2020): Protests in Turkey over brutal murder of young woman, abgerufen am 07.07.2021,
<https://www.aljazeera.com/news/2020/7/22/protests-in-turkey-over-brutal-murder-of-young-woman>
- Amnesty International (2018): Klima der Angst – Zivilgesellschaft zum Schweigen gebracht, abgerufen am 18.12.2019
<https://www.amnesty.ch/de/laender/europa-zentralasien/tuerkei/dok/2018/zivilgesellschaft-zum-schweigen-gebracht>
- Amnesty International (2020): COVID-19 Crackdowns: Police Abuse and the Global Pandemic, abgerufen am 29.01.2021,
<https://www.amnesty.org/download/Documents/ACT3034432020ENGLISH.PDF>
- Amnesty International (2020): Turkey: COVID-19 pandemic increases climate of fear for journalists, abgerufen am 29.01.2021,
<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/05/turkey-covid19-pandemic-increases-climate-of-fear-for-journalists/>
- Anadolu Agency (AA) (2021): Turkey to host twice as many tourists in 2021, abgerufen am 01.09.2021,
<https://www.aa.com.tr/en/life/turkey-to-host-twice-as-many-tourists-in-2021-official/2178688>
- Auswärtiges Amt (2019): EU-Erweiterung: Türkei, abgerufen am 01.03.2021,
<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/erweiterung-nachbarschaft/eu-tuerkei/202106>
- Aydin, Yasar (2013): Protest und Opposition in der Türkei – Das Ende einer Erfolgsgeschichte?, abgerufen am 02.09.2021,
<https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/163433/protest-und-opposition-in-der-tuerkei>
- Aydin, Yasar (2019): Kommunalwahlen 2019, abgerufen am 18.12.2019,
<http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/289481/kommunalwahlen-2019>
- BBC (2014): What’s the appeal of a caliphate?, abgerufen am 07.09.2021,
<https://www.bbc.com/news/magazine-29761018>
- Bellut, Daniel (2020): Opinion: The sultan’s power is dwindling, abgerufen am 01.09.2021,
<https://www.dw.com/en/opinion-the-sultans-power-is-dwindling/a-51894024>
- Bormann, Thomas (2020): Östliches Mittelmeer - Ankara provoziert Athen schäumt, abgerufen am 02.09.2021,
<https://www.tagesschau.de/ausland/griechenland-gas-101.html>
- Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) (2019): Parteien der Türkei, abgerufen am 19.12.2019,
<http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/188249/parteien-der-tuerkei>

- Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) (2019): Demokratische Partei der Völker (HDP), abgerufen am 01.09.2021, <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/188973/hdp>
- Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) (2021): Vor 5 Jahren: Putschversuch in der Türkei, abgerufen am 01.09.2021, <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/336526/vor-5-jahren-putschversuch-in-der-tuerkei>
- Buttkereit, Christian (2021): Afghanische Flüchtlinge in der Türkei - Zwischen Abschiebeknast und Untergrund, abgerufen am 02.09.2021, https://www.deutschlandfunkkultur.de/afghanische-fluechtlinge-in-der-tuerkei-zwischen.979.de.html?dram:article_id=502466
- Cameli, Tuba (2018): Raus aus den Echokammern, abgerufen am 08.03.2021, <https://gazete.taz.de/article/index.html%3Farticle=!5487410.html>
- Copur, Burak (2018): Die Türkei im Jahr 2017/2018, abgerufen am 01.09.2021, <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253187/die-tuerkei-im-jahr-2017-2018>
- Council on Foreign Relations (CFR) (2019): Conflict Between Turkey and Armed Kurdish Groups. Global Conflict Tracker, abgerufen am 18.12.2019, <https://www.cfr.org/global-conflict-tracker/conflict/conflict-between-turkey-and-armed-kurdish-groups>
- Deutschlandfunk (2018): Fünf Jahre nach den Protesten. Was von Gezi bleibt, abgerufen am 18.12.2019, <https://www.deutschlandfunk.de/fuenf-jahre-nach-den-protesten-was-von-gezi-bleibt-100.html>
- Deutschlandfunk (2019): Türkei nach Einmarsch in Nordsyrien / Erdogans hausgemachte Probleme, abgerufen am 02.01.2020, <https://www.deutschlandfunk.de/tuerkei-nach-einmarsch-in-nordsyrien-erdogans-hausgemachte-100.html>
- Deutsche Welle (2020): Umstrittenes NGO-Gesetz in der Türkei beschlossen, abgerufen am 28.01.2021, <https://www.dw.com/de/umstrittenes-ngo-gesetz-in-der-t%C3%BCrkei-beschlossen/a-56068756>
- Diner, Çağla (2018): Gender politics and GONGOs in Turkey. Turkish Politics Quarterly, Vol. 16, No. 4, abgerufen am 18.12.2019, <http://turkishpolicy.com/article/898/gender-politics-and-gongos-in-turkey>
- Dohrn, Kristina (2017): Die Gülen-Bewegung. Entstehung und Entwicklung eines muslimischen Netzwerks, abgerufen am 19.12.2019, <http://www.bpb.de/apuz/243031/die-guelen-bewegung-entstehung-und-entwicklung-eines-muslimischen-netzwerks>
- The Economist (1924): From the archive: The abolition of the Caliphate, abgerufen am 07.09.2021, <https://www.economist.com/europe/1924/03/08/the-abolition-of-the-caliphate>
- Engagement Global (2018): Kommunalstrukturen in der Türkei und Potenziale für kommunale Projektpartnerschaften. https://skew.engagement-global.de/files/2_Mediathek/Mediathek_Microsites/SKEW/Publikationen/6_Publikationen_in_Kooperation/IKKN-Bedarfsanalyse-Tuerkei-Aug2018-bf.pdf
- Engel, Gudrun (2020): Wer hat den Flüchtlingsdeal gebrochen, abgerufen am 17.03.2020, <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/eu-tuerkei-fluechtlingsabkommen-109.html>
- Europäischer Rat (2016): Erklärung EU-Türkei, abgerufen am 17.03.2020, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/03/18/eu-turkey-statement/>
- EURACTIV (2021): EU-Gipfel unterstützt neues Milliardenpaket für Flüchtlinge in der Türkei, abgerufen am 02.09.2021, <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/eu-gipfel-unterstuetzt-neues-milliardenpaket-fuer-fluechtlinge-in-der-tuerkei/>

- Europäische Kommission (2017): The Emergency Social Safety Net (ESSN): Offering a lifeline to vulnerable refugees in Turkey, abgerufen am 08.03.2020, https://ec.europa.eu/echo/essn_en
- Europäische Kommission (2021): The EU Facility for Refugees in Turkey, abgerufen am 02.09.2021, https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/news_corner/migration_en
- European Commission (2020): Turkey 2020 Report, abgerufen am 24.08.2021, https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/turkey_report_2020.pdf
- Freedom House (2020): Freedom on the net 2020: Turkey. Country Profile, abgerufen am 08.03.2021, <https://freedomhouse.org/country/turkey/freedom-net/2020>
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2010): Die Verfassungsreform 2010, abgerufen am 19.12.2018, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/tuerkei/07351-20100721.pdf>
- Generaldirektion der Provinzverwaltungen des Innenministeriums: Köyler, abgerufen am 04.03.2020, <https://www.icisleri.gov.tr/illeridaresi/koyler1>
- Generaldirektion der Provinzverwaltungen des Innenministeriums: Özel İdare, abgerufen am 04.03.2020, <https://www.icisleri.gov.tr/illeridaresi/ozel-idare1>
- Gereon Schloßmacher: Verwaltungsgliederung Türkei, Bundeszentrale für politische Bildung, abgerufen am 07.07.2021, <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/187973/verwaltung>
- Gottschlich, Jürgen (2016): Das Militär, die AKP und der gescheiterte Putsch, abgerufen am 01.09.2021, <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/233343/putschversuch-im-juli-2016>
- Gottschlich, Jürgen (2020): Neue Partei von Ali Babacan: Alternative für die Türkei, abgerufen am 17.05.2021, <https://taz.de/Neue-Partei-von-Ali-Babacan/!5671278/>
- Gottschlich, Jürgen (2020): Urteil gegen Deniz Yücel in der Türkei :Gefängnis für die Meinungsfreiheit, abgerufen am 01.09.2021, <https://taz.de/Urteil-gegen-Deniz-Yuecel-in-der-Tuerkei/!5695102/>
- GTAI (2020): Coronavirus schwächt die türkische Wirtschaft, abgerufen am 31.08.2020, <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/specials/special/tuerkei/coronavirus-schwaecht-die-tuerkische-wirtschaft-234698>
- GTAI (2020): Wirtschaftsdaten kompakt: Türkei, abgerufen am 01.03.2021, <https://www.gtai.de/resource/blob/15970/553023ab553ef6c3106f8e84b09086b2/mkt201611222099-159220-wirtschaftsdaten-kompakt-tuerkei-data.pdf>
- Gümüşay, Kübra (2013): Soziale Netzwerke holen viele Türken auf die Straße, abgerufen am 19.12.2018, <https://www.zeit.de/digital/internet/2013-06/tuerkei-proteste-internet-twitter>
- Günay, Cengiz (2018): „Hüter der Verfassung“? - Harte und „weiche“ Militärputsche in der Geschichte der Türkei, abgerufen am 02.09.2021, <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253184/militaerputsche-in-der-geschichte-der-tuerkei>
- Güsten, Susanne (2019): Erdogan verstärkt Repression auch gegen Kurden in der Türkei, abgerufen am 01.09.2021, <https://www.tagesspiegel.de/politik/kommunen-unter-zwangsverwaltung-erdogan-verstaerkt-repression-auch-gegen-kurden-in-der-tuerkei/25146610.html#>

- Güven, Banu (2021): Opinion: Turkey's Erdogan has reached the event horizon, abgerufen am 01.09.2021,
<https://www.dw.com/en/opinion-turkeys-erdogan-has-reached-the-event-horizon/a-58269790>
- Hermann, Rainer (2020): Flüchtlinge in der Türkei. Wer soll das bezahlen?, abgerufen am 27.01.2020,
<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/fluechtlinge-in-der-tuerkei-wer-soll-das-bezahlen-16601925.html>
- Hermann, Rainer (2019): Rebellion gegen Erdogan, abgerufen am 01.09.2021,
<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/rebellion-gegen-erdogan-politiker-treten-aus-akp-aus-16385936.html>
- Human Rights Foundation of Turkey. Defending freedoms of expression, media, association and assembly for reconstruction of the human rights environment (December 2019-laufend), abgerufen am 07.09.2021,
<https://en.tihv.org.tr/hrft-projects/defending-freedoms-of-expression-media-association-and-assembly-for-reconstruction-of-the-human-rights-environment-december-2019/>
- Human Rights Foundation of Turkey. HRFT Projects, abgerufen am 07.09.2021,
<https://en.tihv.org.tr/hrft-projects/>
- Human Rights Foundation of Turkey. İnsan Hakları Hareketi Konferansları, abgerufen am 07.09.2021,
<https://tihv.org.tr/insan-haklari-hareketi-konferanslari/>
- Human Rights Watch (2020): Turkey: Social Media Law Will Increase Censorship, abgerufen am 03.09.2020,
<https://www.hrw.org/news/2020/07/27/turkey-social-media-law-will-increase-censorship>
- Human Rights Watch (2019): Türkei: Ausnahmezustand beendet, Repressionen gehen weiter, abgerufen am 24.08.2021,
<https://www.hrw.org/de/news/2019/01/17/tuerkei-ausnahmezustand-beendet-repressionen-gehen-weiter>
- ICNL (2021): Civic Freedom Monitor Turkey, abgerufen am 01.03.2021,
<https://www.icnl.org/resources/civic-freedom-monitor/turkey>
- IFEX (2021): Turkey: One to five years in prison for spreading 'fake news' on social media?, abgerufen am 24.08.2021,
<https://ifex.org/turkey-one-to-five-years-in-prison-for-spreading-fake-news-on-social-media/>
- IFRC, TRC (2020): Impact of COVID-19 on Refugee Populations Benefitting From the Emergency Social Safety Net (ESSN) Programme Assessment Report, abgerufen am 29.01.2021,
<https://data2.unhcr.org/en/documents/download/76274>
- International Federation for Human Rights (2014): Turkey: Gezi, one year on – Witch hunt, impunity of law enforcement officials and a shrinking space for rights and freedoms, aufgerufen am 02.09.2021,
https://www.fidh.org/IMG/pdf/turkey_avril_2014_uk_web.pdf
- Karapetyan, Mkrtych (2018): The Alevi/Alawite factor in Turkey. Syria relations in the Light of the Syrian crisis. Journal of Liberty and International Affairs, 4(3), 24-40.
- Koc, Cagan (2021): Turkey Set to Rebound from Virus Contraction With Record Growth, abgerufen am 06.09.2021,
<https://www.bloomberg.com/news/articles/2021-09-01/turkey-set-to-rebound-from-virus-contraction-with-record-growth>
- Konda (2018): Hayat Tarzlari 2018, abgerufen am 08.03.2021,
<https://interaktif.konda.com.tr/tr/HayatTarzlari2018/#7thPage/1>
- Kramer, Heinz (2004): Die Türkei im Prozess der „Europäisierung“, abgerufen am 02.09.2021,
<https://www.bpb.de/apuz/28162/die-tuerkei-im-prozess-der-europaeisierung?p=all>

- Kuzu, Durukan (2018): Multiculturalism in Turkey: The Kurds and the State. Cambridge University Press.
- Mevzuat Bilgi Sistemi [„Gesetzgebungsinformationssystem“]: Das Gesetz zur Stadtverwaltung (Gesetz Nr. 5393), abgerufen am 04.03.2020,
<https://www.mevzuat.gov.tr/MevzuatMetin/1.5393.pdf>
- NTV (2017): Referandum 2017, abgerufen am 02.01.2020,
<http://referandum.ntv.com.tr/>
- Öktem, Kerem (2011): Angry Nation. Turkey since 1989. ZED Books.
- Redaktionsnetzwerk Deutschland (2021): Verschärfung der Mediengesetze in Türkei sorgt für Kritik, abgerufen am 24.08.2021,
<https://www.rnd.de/politik/tuerkei-erdogans-geplante-verschaerfung-der-mediengesetze-sorgt-fuer-kritik-BLVOHJZANFJCHRVE3M2AJQJBY.html>
- Reporter ohne Grenzen (2019): Media Ownership Monitor Turkey, abgerufen am 01.03.2021,
<http://www.mom-rsf.org/en/countries/turkey/>
- Reporter ohne Grenzen (2021): Rangliste der Pressefreiheit 2021, abgerufen am 24.08.2021,
https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2021/Rangliste_der_Pressefreiheit_2021_-_RSF.pdf
- Reuter, Markus (2020): Zensur: Türkei will soziale Medien härter kontrollieren, abgerufen am 03.09.2020,
<https://netzpolitik.org/2020/zensurdrossel-tuerkei-will-naechstes-level-der-internetzensur-einfuehren/>
- Rumpf, Christian (2017): Das „neue“ politische System der Türkei, abgerufen am 18.12.2019,
<http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253181/das-neue-politische-system-der-tuerkei>
- Rumpf, Christian (2017): Verfassungsgeschichte der Türkei, abgerufen am 18.12.2019,
<http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253182/verfassungsgeschichte-der-tuerkei>
- Sanderson, Sertan (2020): Netflix streicht eine türkische Serie mit schwuler Rolle, abgerufen am 31.08.2020,
<https://www.dw.com/de/netflix-streicht-eine-t%C3%BCrkische-serie-mit-schwuler-rolle/a-54312163>
- Schloßmacher, Gereon (2014): Religionszugehörigkeit in der Türkei, abgerufen am 02.01.2020,
<http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/187253/religionszugehoerigkeit>
- Seufert, Günter (2021): „Es war das erste Mal, dass ein Putsch in der Türkei am Widerstand der Bevölkerung gescheitert ist“, abgerufen am 01.09.2021,
<https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/336598/es-war-das-erste-mal-dass-ein-putsch-in-der-tuerkei-am-widerstand-der-bevoelkerung-gescheitert-ist->
- Spiegel Online (2014): Korruption in der Türkei. Erdogan lässt dutzende Polizisten festnehmen, abgerufen am 12.02.2020,
<https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-erdogan-laesst-dutzende-polizisten-wegen-korruption-festnehmen-a-982292.html>
- Spiegel Online (2020): Türkei setzt drei prokurdische Bürgermeister ab, abgerufen am 08.09.2020,
<https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-regierung-setzt-drei-prokurdische-buergermeister-ab-a-1282558.html>

- Stalinsky, Steven, und Smith, Adam (2019): Turkish President Erdoğan continues to crush free media in Turkey as he expands messaging efforts in Washington, D.C. through his English-language TV channel TRT World, which was recently given media award by Al-Qaeda affiliate, abgerufen am 19.12.2019,
<https://www.memri.org/reports/turkish-president-erdo%C4%9Fan-continues-crush-free-media-turkey-he-expands-messaging-efforts>
- Statista (2021): Türkei: Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in jeweiligen Preisen von 1980 bis 2020 und Prognosen bis 2026, abgerufen am 01.09.2021,
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14452/umfrage/bruttoinlandsprodukt-pro-kopf-in-der-tuerkei/>
- Steinbach, Udo (2000): Geschichte der Türkei. C.H.Beck.
- Süddeutsche Zeitung (2020): Türkei entsendet erste Truppen nach Libyen, abgerufen am 06.01.2020,
<https://www.sueddeutsche.de/politik/tuerkei-erdogan-libyen-1.4745550>
- Süddeutsche Zeitung (2020): Wikipedia in der Türkei. Das Ende der Sperre, abgerufen am 17.03.2020,
<https://www.sueddeutsche.de/medien/wikipedia-tuerkei-sperre-1.4759777>
- TBB: Types of local governments, abgerufen am 10.02.2020,
<https://www.tbb.gov.tr/en/local-authorities/types-of-local-governments/>
- Tuncel, Hakan (2011): The media industry in Turkey. The International Association for Media and Communication Research (IAMCR), abgerufen am 18.12.2019,
<https://iamcr.org/medindturkey-2>
- Turkish Politics Quarterly (TPQ) (2015): TPQ event analysis - Turkey's social media landscape. Vol. 14, No. 2, abgerufen am 18.12.2019,
<http://turkishpolicy.com/article/767/tpq-event-analysis-turkeys-social-media-landscape>
- TURKSTAT (2021): Annual Gross Domestic Product, 2020, abgerufen am 01.09.2021,
<https://data.tuik.gov.tr/Bulten/Index?p=Annual-Gross-Domestic-Product-2020-37184&dil=2>
- TURKSTAT (2021): Consumer Price Index, July 2021, abgerufen am 01.09.2021,
<https://data.tuik.gov.tr/Bulten/Index?p=Consumer-Price-Index-July-2021-37385&dil=2>
- TURKSTAT (2021): Foreign Trade Statistics, December 2020, abgerufen am 01.09.2021,
<https://data.tuik.gov.tr/Bulten/Index?p=Foreign-Trade-Statistics-December-2020-37412&dil=2>
- TURKSTAT (2021): The Results of Address Based Population Registration System 2020, abgerufen am 01.03.2021,
<https://data.tuik.gov.tr/Bulten/Index?p=37210&dil=2>
- TURKSTAT (2021): Quarterly Gross Domestic Product, Quarter II: April-June, 2021, abgerufen am 01.09.2021,
<https://data.tuik.gov.tr/Bulten/Index?p=Quarterly-Gross-Domestic-Product-Quarter-II:-April-June,-2021-37182&dil=2>
- UNHCR (2021): UNHCR Turkey Operational Update June 2021, abgerufen am 24.08.2021,
<https://www.unhcr.org/tr/wp-content/uploads/sites/14/2021/07/UNHCR-Turkey-Operational-Update-June-2021.pdf>
- Walpot, Luc (2020): EU-Sondergipfel - Ankaras aggressive Außenpolitik, abgerufen am 02.09.2021,
<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/eu-sondergipfel-tuerkei-erdogan-100.html>

Wesel, Barbara (2020): EU machtlos in Berg-Karabach, abgerufen am 02.09.2021,
<https://www.dw.com/de/eu-machtlos-in-berg-karabach/a-55193748>

ZDF (2020): Erdoğan: „Sind bereit, Märtyrer zu werden“, abgerufen am 31.08.2020,
<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/erdogan-tuerkei-konflikt-griechenland-frankreich-gas-mittelmeer-100.html>

ZEIT Online (2019): Konkurrenz für Erdoğan: Davutoglu stellt neue Partei vor, abgerufen am 18.12.2019,
<https://www.zeit.de/news/2019-12/13/konkurrenz-fuer-erdogan-davutoglu-stellt-neue-partei-vor>

ZEIT Online (2016): „Kümmere dich um deine eigene Geschichte“, abgerufen am 02.09.2021,
https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-06/tuerkei-ruft-wegen-armenien-resolution-botschafter-zurueck?utm_referrer=https%3A%2F%2F

ZEIT Online (2019): Recep Tayyip Erdoğan setzt drei prokurdische Bürgermeister ab, abgerufen am 09.03.2020,
<https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-08/tuerkei-buergermeister-hdp-amtsenthebung-kurden-opposition>

ZEIT Online (2015): Türkische Polizei darf schneller schießen, abgerufen am 02.01.2020,
<https://www.zeit.de/politik/ausland/2015-03/tuerkei-sicherheitsgesetz-polizei-internetssperrren-parlament>

FÖRDERER UND KOOPERATIONSPARTNER – DIE BETEILIGUNGSSTRUKTUR DER SKEW

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global gGmbH wird finanziell gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Durch unsere Gremien Programmbeirat und Programmkommission beteiligen wir unsere Förderer und Kooperationspartner an der Fortentwicklung unserer Angebote.

Einzelne Projekte werden zudem beispielsweise durch das Auswärtige Amt und das Land Berlin gefördert oder in Kooperation mit Partnern wie der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) und dem Rat für nachhaltige Entwicklung (RNE) durchgeführt.

Programmbeirat



Programmkommission



PUBLIKATIONEN DER SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

64

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stellt alle ihre Publikationen und Informationsmaterialien zum kostenfreien Bestellen (sofern noch nicht vergriffen) oder als Download auf ihrer Homepage bereit:

→ <https://skew.engagement-global.de/publikationen.html>

„Dialog Global“-Schriftenreihe

- Nr. 63: Gutachten zu Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene 2020 - Stand und Potenziale der Zusammenarbeit von migrantischen Akteurinnen und Akteuren und Kommunen. Bonn, Dezember 2021
- Nr. 62: Grenzenlos nachhaltig – Kommunale Umsetzung der Agenda 2030 in der Bodenseeregion. Bonn, Oktober 2021
- Nr. 61: Klimapartnerschaften – Dokumentation der sechsten Projektphase. Bonn, Februar 2021
- Nr. 60: Ökosoziale Beschaffung – Gemeinsam auf kommunaler Ebene vorangehen. Eine Einführung mit Tipps für Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Bonn, Januar 2021
- Nr. 59: ASA-Kommunal, Dokumentation der Jahrgänge 1 bis 7 (2013 bis 2019). Bonn, Dezember 2020
- Nr. 58: Hauptstadt des Fairen Handels 2019. Bonn, September 2020
- Nr. 57: Finanzielle Unterstützung für kommunale Partnerschaften – Über die Schulter geschaut: Aus den Erfahrungen anderer lernen. Bonn, September 2020
- Nr. 56: Einbindung sozialer Kriterien nach der Vergaberechtsreform im Unterschwellenbereich. Bonn, März 2020
- Nr. 55: Gute Beispiele „Migration und Entwicklung“. Bonn, Februar 2020
- Nr. 54: Kommune bewegt Welt 2018 - Der Preis für herausragende kommunale Beispiele zu Migration und Entwicklung. Bonn, Mai 2019
- Nr. 53: Kommunale Klimapartnerschaften. Dokumentation der fünften Projektphase. Bonn, April 2019
- Nr. 52: Rechtliche Aspekte des entwicklungspolitischen Engagements kommunaler Unternehmen. Bonn, März 2019
- Nr. 51: Hauptstadt des Fairen Handels 2017. Bonn, April 2018
- Nr. 50: Agenda 2030 vor Ort. Kommunen in Niedersachsen zeigen, wie es geht. Bonn, April 2018

„Material“-Schriftenreihe:

- Nr. 110: Kommunikation mit dem Markt. Für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung. Bonn, Januar 2022
- Nr. 109: Gesamtdokumentation - Global Nachhaltige Kommune Schleswig-Holstein, Bonn, April 2021
- Nr. 108: 5. Baruther Schlossgespräche für eine Nachhaltige Entwicklung in Brandenburg, 16. September 2020 in Baruth/Mark. Bonn, Januar 2021
- Nr. 107: Vierte Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Afrika“, 9. bis 11. September 2019 in Hannover. Bonn, März 2020
- Nr. 105: Internationaler Auftaktworkshop der siebten Phase im Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“, 14. bis 16. Mai 2019 in Münster. Bonn, Dezember 2019
- Nr. 104: Internationaler Auftaktworkshop der sechsten Phase im Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“, 9. bis 11. Oktober 2017 in Bremen. Bonn, August 2019

Sonstige Publikationen:

- Unsere Angebote. Bonn 2020
- Über uns. Kurzprofil der Servicestelle. Bonn 2018
- Kommunale Entwicklungspolitik öffnet Türen. Gute Beispiele aus engagierten Kommunen. Bonn, Mai 2019
- Starke kommunale Partner. Wie Städte, Gemeinden und Landkreise sich für globale Nachhaltigkeit engagieren. Ein Dossier in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 7-2019 von welt-sichten)

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen

*****Eine-Welt-Nachrichten*** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auf unserer Homepage unter**

→ www.service-eine-welt.de

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40 • 53113 Bonn
Postfach 12 05 25 • 53047 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

